

Hefte aus Burgscheidungen

Luitpold Steidle

Das große Bündnis



91

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Luitpold Steidle

Das große Bündnis

1963

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Einleitung	
Klarheit über die Vergangenheit begünstigt die Planung der Zukunft	5
I. Die Vorgeschichte	
Unverlierbare Erkenntnisse	7
Illusionen von 1914	8
Wie der Landser denken lernte	11
Die rettende Tat	16
II. Der Neubeginn	
Unser Gründungsaufruf — ein Wegzeichen in ein neues Deutschland	19
Der Weg zum Volkskongreß	20
Kaisers Verrat am Gründungsaufruf	22
Frontstadt Westberlin	23
Einen Toast auf den Krieg	24
III. Unsere Entscheidung für Deutschland	
Scheidung der Geister	26
Die entscheidende Frage	33
Friede — Fortschritt — Einheit	34
Landesbischof Mitzenheim: Die Kirche steht zum Volk	35
Wegbahnung in die Zukunft	37
Repräsentant des Volkswillens	39
In erster Linie zuständig sind wir selbst	40
In offener Opposition gegen die Reaktion	41
Gescheiterte Diffamierungsversuche	44
Die fortschrittlichen Kräfte setzen sich durch	45
IV. Das Echo in Westdeutschland	
Bayern greift den Kongreßgedanken auf	46
Herr von Knoeringen provoziert	48
USA-Militärregierung verbietet	48
Eine neue Tragödie in alter Besetzung	50
Aufgabe und Pflicht der Nation	50
V. Erkenntnisse in Taten umsetzen	
Der entscheidende Wendepunkt in der deutschen Geschichte	52
An der Antihitlerkoalition scheitert jeglicher Verrat	53
Nicht nur erkennen, — verändern!	55

Einleitung

Klarheit über die Vergangenheit begünstigt die Planung der Zukunft

In dem Dokument des Nationalrats, „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“, das am 25. März 1962 der Öffentlichkeit übergeben, danach in Hunderten von Versammlungen von mehr denn sieben Millionen Bürgern diskutiert und am 16. und 17. Juni 1962 von dem Nationalkongreß, an dem Delegierte aus beiden deutschen Staaten teilgenommen haben, als das Nationale Programm des Kampfes für ein neues Deutschland verabschiedet worden ist, haben wir eine klare Orientierung für eine Arbeit auf weite Sicht. Mit diesem Dokument haben wir „das Banner des Kampfes für die friedliche und glückliche Zukunft der ganzen deutschen Nation erhoben“, wie es Walter Ulbricht auf der 16. Tagung des Zentralkomitees der SED hervorgehoben hat.

Immer wieder haben wir in ideologischen Auseinandersetzungen, aber auch in unserer ökonomischen Arbeit gerade auf dieses Dokument Bezug genommen, weil es die historische Entwicklung Deutschlands analysiert und in jedermann verständlicher Sprache den Sinn des Geschehens im 20. Jahrhundert aufhellt. So erleichtern uns das Studium und die Beherrschung des nationalen Dokuments die Gestaltung einer besseren und glücklicheren Zukunft.

„Nur die Kenntnis der eigenen Vergangenheit und die Beachtung ihrer Lehren läßt uns die Gegenwart richtig meistern und die Zukunft planen.“ (Walter Ulbricht vor dem 16. Plenum des Zentralkomitees der SED.)

Aus diesem Wissen heraus setzen wir alles daran, die politisch-moralische Einheit unseres Volkes, deren Fehlen in der Vergangenheit sich so katastrophal ausgewirkt hat, in der Deutschen Demokratischen Republik ständig weiterzuentwickeln. Ebenso entschieden nehmen wir auch die Realisierung der Grundsätze des sozialistischen Massenwettbewerbs in Angriff, überzeugt davon, daß wir es hier nicht allein mit ökonomischen Faktoren zu tun haben, vielmehr dienen alle Maßnahmen und Taten für die qualitative Steigerung der Produktion zugleich dem Frieden. So steht unser Bündnis, die gemeinsame Arbeit aller Parteien unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse, unter einem doppelten Aspekt.

„Das große Bündnis aller Bürger und ihre verantwortungsvolle Zusammenarbeit in der Nationalen Front ist notwendig, um den geschichtlichen Auftrag der DDR zu erfüllen: den Frieden zu erhalten, die Geschicke der Nation zum Guten zu

wenden und das ganze Deutschland zu neuer Blüte zu führen.“
(Nationales Dokument.)

Das große Bündnis aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik beruht auf den Lehren der deutschen Geschichte und ebenso auf vielseitigen, auch schmerzlichen, persönlichen Erfahrungen.

Eine besondere Bedeutung in dieser Entwicklung kommt unserem Kampf für den Ersten Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden zu, den wir 1947 durchgeführt haben. Gerade in unserer CDU erreichte dieser Kampf eine besondere Schärfe, war es doch die damalige reaktionäre Parteiführung unter Jakob Kaiser, die sich infolge ihrer engen Bindung an jene Kräfte, die entsprechend den Forderungen des Potsdamer Abkommens in Deutschland ein für allemal ausgeschaltet werden sollten, und durch ihre Handlangerdienste für den westdeutschen Separatismus dieser Entwicklung am hartnäckigsten in den Weg gestellt hat.

Zugleich bilden diese Erinnerungen und Erfahrungen, die noch in vielen von uns lebendig sind, auch für die heutige Situation aktuelle Beispiele für die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Lösung unserer nationalen Frage. Denn in diesem Kampf haben wir auch, worauf Arnold G o h r auf der Hauptvorstandssitzung am 26./27. Juni 1962 in Burscheidungen hingewiesen hat, erfahren, daß innere Auseinandersetzungen, konsequent durchgeführt, auch ein inneres Wachstum zur Folge haben.

Die Entwicklung unserer CDU ist bezeichnend dafür. Die Auseinandersetzungen um den Volkskongreß führten zu einer unbedingt notwendigen Klärung der Fronten innerhalb unserer Partei. Erstmals traten jene Kräfte vor der Öffentlichkeit unverhüllt in Erscheinung, denen gar nicht daran gelegen war, in Aufrichtigkeit und Treue den Gründungsauftrag zu erfüllen, die vielmehr keine Gelegenheit unversucht ließen, um die CDU in die Hände der unserer Entwicklung feindlich gesinnten Kräfte zu spielen. Die CDU ist darüber nicht auseinandergebrochen, im Gegenteil, sie hat an Einheit und innerer Stärke gewonnen und dabei so recht erkannt, wie sie ihre eigentliche Aufgabe als politische Heimat christlich orientierter Menschen und vor allem an der Seite der Partei der Arbeiterklasse zu erfüllen hat.

I. Die Vorgeschichte

Unverlierbare Erkenntnisse

Während wir in der Deutschen Demokratischen Republik mit der erforderlichen Entschiedenheit in großen sozialen Umwälzungen, mit der Entmachtung der Kriegsverbrecher und dem Aufbau einer neuen Ordnung die Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen und nun bereits mit dem umfassenden Aufbau des Sozialismus begonnen haben, liegen über Westdeutschland weiterhin die Schatten der Vergangenheit. Auch heute noch bestimmen dort jene imperialistischen Mächte den Kurs, die Deutschland bereits zweimal im Zeitraum einer Generation in einen Weltkrieg gestürzt haben.

Gewiß gab es nach 1945 auch in Westdeutschland Ansätze einer Selbstbesinnung. So war es eine westdeutsche Stadt, Stuttgart, in der am 18. Oktober 1945 die Evangelische Kirche ein offenes Schuldbekenntnis abgelegt hat.

Und wie bei uns, so forderten auch in Westdeutschland breite Schichten der werktätigen Bevölkerung auf Grund der Erfahrungen, die sie in der Weimarer Republik und in der Zeit des Faschismus hatten sammeln müssen, die Verwirklichung einer echten sozialistischen Ordnung. Einen Niederschlag fand dieses Wollen u. a. in dem mit überwältigender Mehrheit angenommenen Artikel 41 der hessischen Landesverfassung, der die Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum vorsah. Zwar versuchte die USA-Militärregierung, vor allem der spätere Sonderbeauftragte Kennedys in Westberlin, General C l a y, durch stärksten Druck auf die Abgeordneten, diesen Artikel aus der Verfassung zu entfernen. Als das jedoch am Widerstand des Volkes scheiterte, dessen Haltung den Abgeordneten ein Eingehen auf die Wünsche der amerikanischen Militärregierung unmöglich machte, mußte eine Volksabstimmung durchgeführt werden, in der zur größten Überraschung der Amerikaner nicht weniger als 70 Prozent der Wahlberechtigten für die Überführung der Grundstoffindustrie in das Gemeineigentum stimmten.

„Es gelang der KPD, gemeinsam mit klassenbewußten sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern und mit demokratischen Kräften aus anderen Bevölkerungsschichten, unter dem Einfluß der demokratischen Entwicklung in Ostdeutschland in einer Reihe von Ländern Gesetze über die Überführung der Betriebe des Monopolkapitals in Gemeineigentum und die Durchführung einer Bodenreform durchzusetzen sowie einige bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten zu erringen. (Gesetz zur Überführung des Kohlenbergbaus in Gemeineigentum in Nordrhein-Westfalen, Artikel 41 der hessischen Verfassung, Bodenreformgesetze z. B. in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Betriebsrätegesetze in Bremen, Hessen, Württemberg-Baden). Die Durch-

führung dieser Gesetze wurde durch die Besatzungsmächte und durch die von der Bourgeoisie beherrschten Zonenverwaltungen verhindert.“ (Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: Einheit, Sonderheft August 1962, S. 152 f.)

So unterblieb jeder Schritt in Richtung auf den Aufbau des Sozialismus in Westdeutschland, scheiterten sowohl die Sozialisierung als auch die erstrebte Bodenreform und der Zusammenschluß der Arbeiterparteien, obwohl sich in so bedeutenden Städten wie Hamburg, München, Bremen, Hannover, Braunschweig, Frankfurt (Main), Nürnberg, Karlsruhe, im Ruhrgebiet und in Südbaden Kommunisten und Sozialdemokraten zu gemeinsamen Aktionen für den demokratischen Neuaufbau Deutschlands zusammengefunden hatten.

Im Hinblick auf diese Sabotage des Volkswillens durch die westdeutsche Großbourgeoisie sah sich der Vorsitzende des Staatsrats, Walter Ulbricht, in der Schlußsitzung jener denkwürdigen Tagung des Nationalrats, die das nationale Dokument im Entwurf verabschiedet hat, zu der Erklärung veranlaßt:

„Die Geschichte hat uns die Erkenntnis eingeprägt, daß die Herrschaft der Großbourgeoisie, der Monopolherren und ihrer Militaristen und Revanchepolitiker in Westdeutschland unvereinbar ist mit den Lebensinteressen, ja mit der Existenz der deutschen Nation. Die Lebensinteressen auch der großen Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung erfordern also die Überwindung der Herrschaft des Monopolkapitals, seiner Militaristen, Revanchepolitiker und sonstigen Ultras in Westdeutschland.“

Illusionen von 1914

Als 1914 der erste Weltkrieg über Europa hereinbrach, meldeten sich auch viele junge Menschen meiner Generation als Kriegsfreiwillige und traten – noch halbe Kinder – mit 16 und 17 Jahren unter die Waffen. Nicht wenige von ihnen waren bereits in den August- und Septembertagen gefallen oder verwundet.

Über die Hintergründe des Kriegsausbruchs waren wir uns damals keineswegs im klaren. „Das Vaterland war in Gefahr“, „Deutschland war herausgefordert worden“, „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“, „also galt dieser Krieg wiederum dem Erbfeind“. Wir erlebten die Mobilmachung und sahen mit an, wie Väter und Brüder ins Feld zogen. Wer wollte von einer Jugend klares Sehen erwarten, die bei Pfadfindern und Wehrkraftverbänden bereits militärisch erzogen und sogar gedrillt worden war? Außerdem hatte das „Soldatsein“ etwa Imponierendes an sich. Warum sollten wir also nicht dabeisein? Keine Schulbank konnte solche Erlebnisse

ersetzen, wie sie Heeresberichte und Presse verlockend vermittelten. So waren wir ordentlich stolz, es den Vätern gleich tun zu können, und marschierten mit.

„Die gegenwärtige Lage“, so erklärte am 4. August 1914 König Ludwig III. von Bayern in seiner Thronrede in voller Übereinstimmung mit den kaiserlichen Kundgebungen, „ging nicht aus vorübergehenden Interessenkonflikten oder diplomatischen Konstellationen hervor, sie ist das Ergebnis eines seit langen Jahren tätigen Übelwollens gegen die Macht und das Gedeihen des Deutschen Reiches.“

Und noch eine andere Illusion beherrschte uns: der Glaube an die Unüberwindlichkeit der deutschen Waffen und, herührend davon, die Hoffnung, zu Weihnachten wieder zu Hause zu sein. Nicht wenige von uns dachten daher, daß mit den ersten Strapazen im August 1914 das Schlimmste des Krieges bereits überstanden sei. So schrieb am 11. August 1914 ein junger Offizier, einer der 58 Überlebenden einer Eskadron von 142 Mann, die in Gemeinschaft mit anderen Verbänden in einem neuen Todesritt von Lagarde in Lothringen eine Brigade des 15. französischen Korps geworfen und dabei Tausende Gefangene eingebracht hatte, den Seinen aus dem Reserve-lazarett: „Jedenfalls, den schwersten Tag des ganzen Feldzugs haben wir sicher hinter uns.“

Dann aber bissen die Fronten sich fest; über den ersten Kriegswinter kam ein zweiter. Mit der Bevölkerung war man in den Etappen an der Ost- und Westfront trotz allem Trennenden in engere Verbindung gekommen, „Menschen wie wir – mit tausend Nöten und Sorgen und unter der Last einer Besatzung, die alles andere tat, als sich segensreich auszuwirken“. – Als Soldat hatte man viele Möglichkeiten, unmittelbar ins Gespräch zu kommen. Dann blieb es nicht aus, auch über den Sinn dieses Krieges Worte zu wechseln, und so erlebte man den Franzosen, den Italiener, den Serben, den Ungarn und wie sie wirklich dachten. Dazu die Erlebnisse in den Kämpfen vor Verdun, an der Somme und in den Flandernschlachten. Nicht wenige von uns überkam die bange Ahnung von der Aussichtslosigkeit des Krieges, in dem wir verstrickt waren. Alle Vorstellungen endeten düster, da, wo niemand etwas über das Ende des schweren Ringens sagen konnte.

Diese Gefühle wurden besonders auch durch manches Erlebnis genährt, das vieles, was zunächst im Schwung jugendlicher Begeisterung und vaterländischen Empfindens von Geist und Haltung manches Vorgesetzten erwartet worden war, bitter enttäuschte. Hier an der Front fiel äußerer Glanz und Tünche von nicht wenigen Vorgesetzten, die bis hin zu Kleinigkeiten mit Stolz, Einbildung und Überheblichkeit auf Herkunft, Adel und die angebliche besondere Ehre des preußisch-deutschen Offiziers-Korps gepocht hatten.

Als 1918 das jähe Ende des Krieges über uns hereinbrach und wir mitten in der völligen Auflösung unserer Truppenverbände standen, da war zum ersten Male ein Welt in uns zusammengestürzt, von der wir soviel erhofft hatten. Daß jetzt Matrosen und Soldaten das Heft in die Hand nahmen, daß Arbeiterfäuste Ordnung schufen, um das Nötigste für das Leben zu retten, um aus dem Verfall heraus wieder zur Ordnung und Übersicht zu kommen, konnte uns nicht wundern. Mir selbst hat es beispielsweise sogar imponiert. Aber es galt, rasch nach Hause zu kommen. Mehr wollte man nicht wissen. So ging es kreuz und quer durch Deutschland, bis sich Familien wiederfanden oder ihre letzten Vertreter sich begegneten, weil der Krieg die anderen ausgelöscht hatte. Noch wußten wir nichts von Klassenkampf und den revolutionären Zielen, die dem internationalen Proletariat und damit den Völkern insgesamt den Weg in eine bessere Zukunft bahnen sollten. Aber heute, wo wir das wissen, stellen wir noch einmal für damals die Frage:

Waren es wirklich „neiderfüllte Nachbarn“, ein „seit Jahren tätiges Übelwollen gegen die Macht und das Gedeihen des Deutschen Reiches“, die unserer Nation einen Krieg auf Leben und Tod aufgezwungen hatten – oder war es nicht vielmehr der Machtkampf der Kapitalisten und Imperialisten, der amerikanischen, englischen, französischen und russischen ebenso wie der deutschen, der dieses Gemetzel herbeigeführt hatte? Als unvermeidliche Folge der Politik jener kleinen herrschenden Schichten, von denen das nationale Dokument in bezug auf Deutschland sagt, daß sie den gefährlichsten Feind des deutschen Volkes bilden.

Als politischer Realist hat Lenin in seiner Abhandlung „Die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie im europäischen Krieg“ (Werke, Band 21) aus dem Herbst 1914 die damalige weltpolitische Lage dahin charakterisiert:

„Der Europa und die ganze Welt umfassende Krieg trägt den klar ausgeprägten Charakter eines bürgerlichen, imperialistischen, dynastischen Kriegs. Kampf um die Märkte und Raub fremder Länder, das Bestreben, die revolutionäre Bewegung des Proletariats und der Demokratie im Innern der Länder zu unterbinden, das Bestreben, die Proletarier aller Länder zu übertölpeln, zu entzweien und abzuschlachten, indem man im Interesse der Bourgeoisie die Lohnsklaven der einen Nation gegen die Lohnsklaven der anderen Nation hetzt – das ist der einzige reale Inhalt, die einzige reale Bedeutung des Krieges.“

So wie ich, versuchten Zehntausende, endlich einen richtigen Beruf zu ergreifen. Ich wählte die Sense und den Pflug und glaubte, hier einer rechten Aufgabe dienen zu können. Aber nicht lange dauerte es, knapp ein Jahr, und schon

wieder meldeten sich die „alten Kameraden“, welche die Traditionszeichen, Regimentsfahnen, die Orden und Medaillen ausgegraben hatten, und so begann gleichlaufend auch meine Verbindung zu dem ehemaligen „Königlich-Bayrischen Infanterie-Leibregiment“. Wenn sich daraus auch ein Gegensatz zum Machtstreben von SS und SA ergab, so konnte das nicht verhindern, daß auch auf mir Hitlers Pläne gegen den Versailler Vertrag Eindruck machten; denn sie sollten sich ja mit neuem Wohlstand für unser Volk verbinden, und so ließ ich mich dann 16 Jahre nach dem Ende des ersten Weltkrieges wiederum reaktivieren und zog mit einer neuen Generation in einen neuen Krieg, nunmehr allerdings schon von Anfang an das Herz voller Zweifel und Sorgen, bereits erfüllt von großem Mißtrauen gegen die Folgen eines solchen Wahnwitzes.

Wie der Landser denken lernte

Aber was wußten wir und unsere Schulkameraden, die Angehörigen bürgerlicher Familien, Söhne alter Offiziersfamilien, vom Wesen und Wollen der Sowjetunion! Immer nur bekamen wir das Leben in der Sowjetunion im Zerrspiegel zu sehen, entsteht von einer Berichterstattung, die mit allen Mitteln bemüht war, alles, was Wahrheit war und was eine Reihe von Persönlichkeiten aus eigenem Erlebnis über die Sowjetunion berichteten, in das Gegenteil zu verdrehen. Das war jenes Gift, das uns unentwegt beigebracht wurde. Das war es auch, was uns die Sowjetunion als unversöhnlichsten Gegner jeden kirchlichen Lebens erscheinen lassen sollte. Nicht anders war es auch innerhalb der Reichswehr, wobei es dort zum Handwerkszeug „nationalsozialistischer“ politischer Erziehungsarbeit gehörte, Soldat und Offizier gegen die Sowjetunion geradezu zu fanatisieren.

Trotzdem lebte der Zweifel in uns fort, war vielen von uns der Angriff auf die Sowjetunion zumindest ein Geschehen von äußerster Gefährlichkeit.

Groß war die Wirkung, als wir auf die ersten sowjetischen Verbände stießen, auf Soldaten der UdSSR, die, wenn auch durch unseren Überfall überrascht, dennoch tapfer und leidenschaftlich ihre Heimat verteidigten. Strategisch und taktisch gut geführt, verstanden sie es, sich dem Würgegriff Hitlers zu entziehen, so daß trotz vieler Kesselschlachten die Vernichtung der sowjetischen Feldarmee dem „Dritten Reich“ ver sagt blieb.

So kam es zum Ende des „Blitzkrieges“ in der Sowjetunion bereits in den Novembertagen 1941. Als uns in diesem Augenblick versichert wurde, daß das Stocken des Angriffs nur eine Folge „slawischer Anomalie“ sei, eines sturen Standhaltens ohne Zweck und Sinn, da freilich packte uns ernste

Sorge gegenüber einer derart primitiven Propaganda, nachdem wir ja nun unmittelbar vor den Toren Moskaus die zielstrebige und harte, unbeugsame Verteidigung eines Riesenschauspiels zu spüren bekommen hatten, das seinen „Großen Vaterländischen Krieg“ führte.

Mein Versuch, diese Situation in aller Eindeutigkeit vor der maßgebenden Generalität im Generalkommando 7 in München darzulegen, wurde von hitlerhörigen Offizieren mit scharfer Ablehnung aufgenommen. Man scheute offenbar, sich selbst einzugestehen, daß die Vorstellungen, unter denen man in der Heimat unsere Soldaten und Offiziere für den Einsatz im Osten vorbereitete, geradezu primitiv waren. Aber eben diese Vorstellungen führten dann auch dazu, daß Hitler selbst, unterstützt von eitlen Generalen und Generalstabsoffizieren, eine ganze Armee – die 6. Armee – in der Schlacht an der Wolga – im Kessel von Stalingrad – durch seine Befehle und die Mißachtung jeglicher vernünftiger und einsichtiger Vorschläge einem sinnlosen Sterben überließ.

Da ich selbst nach wenigen kurzen Wochen Anfang 1942 Aufstellung und Einsatz einer Reihe von Stalingrad-Divisionen erlebt hatte, ließen mich in jenen Wochen, die sich vor nunmehr gerade 20 Jahren ereignet haben, die Gedanken der Suche nach einem Ausweg nicht mehr los, und es war gut, daß es auch unter den Offizieren, neben zahlreichen Soldaten, Gleichgesinnte gab, mit denen man sich darüber offen verständigen konnte. Keinem von uns konnte dabei erspart bleiben, in schweren inneren Kämpfen sich zur Auflehnung gegen einmal gegebene Befehle zu entschließen und damit praktisch den Fahneneid zu brechen.

Das Ende an der Wolga, die größte Niederlage Hitlers, bedeutete den Zusammenbruch der faschistischen Strategie und wurde damit zur Schicksalswende im zweiten Weltkrieg. Selbstbesinnung und Ernüchterung der faschistischen Machthaber hatten aber auch diese Katastrophen nicht zur Folge. Charakteristisch dafür ist die geradezu ungeheuerliche Erklärung des OKW, nach der die Schlacht an der Wolga zwar eine menschliche Tragödie beinhalte, die in der deutschen Geschichte ohne Beispiel sei, militärisch jedoch nichts zu bedeuten habe. So riß das Dritte Reich unser ganzes Volk in eine der größten Katastrophen seiner Geschichte, die gleichermaßen zur tiefsten moralischen und geistigen Erschütterung und Verleugnung der besten Werte der deutschen Nation führte.

Und so begann mit der Waffenstreckung für uns Überlebende der 6. Armee ein neuer Kampf: die schonungslose innere Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und der eigenen Haltung. Dieses nun einsetzende und sich täglich erneuernde Denken und Forschen führte schließlich immer mehr Menschen zur Besinnung auf die Ursachen unserer Not und unserer Niederlage und damit zum Verständnis für

die wahren Interessen des deutschen Volkes, zur Abwendung von der Vergangenheit und von den Gesellschaftsschichten, die diese Vergangenheit geformt und zu verantworten hatten.

Es war gewiß ein sehr schmerzlicher Prozeß, den wir damals durchmachten, zumal er sich in einem Kreis von Offizieren abspielte, von denen nicht wenige sich mit Händen und Füßen dagegen sträubten, umzulernen, weil sie, wie es später ein General der Bundeswehr offen ausgesprochen hat, der Meinung waren, daß eine Niederlage, auch eine totale Kapitulation, gar so viel nicht zu bedeuten habe, weil angeblich jede Niederlage durch einen Sieg in einem neuen Krieg wieder ausgeglichen werden könne.

Wer sich jedoch über die Gesetzmäßigkeit der faschistischen Niederlage und darüber klargeworden war, daß nicht irgendwelche Zufälle diesen Ausgang verschuldet hatten oder Hitler allein mit allen seinen verbrecherischen Eigenschaften, sondern die Undurchführbarkeit der Ziele, die der deutsche Imperialismus sich gesteckt hatte, dem wurde es damit zur Gewißheit, daß es nach zwei verlorenen Weltkriegen in Deutschland unmöglich so weitergehen konnte, als wäre nichts geschehen.

Nicht wenige Offiziere, die in der Sowjetunion in die Kriegsgefangenschaft geraten waren, hofften auch nach der Wende an der Wolga noch auf ein Wunder. Andere, befangen in starr gewordenen Ehrbegriffen, waren der Meinung, daß es nicht angehe, von einem anderen Lande aus den Kampf gegen die Machthaber im eigenen Staat aufzunehmen, auch wenn diese nur die Unterdrücker ihres eigenen Volkes waren.

Und schließlich war auch der Kreis derer nicht klein, denen das Gift des Antikommunismus bereits ins Blut gedrungen war. Diese Naturen konnten zwar in den Gefangenenlagern an der Wolga ihre antikommunistische Gesinnung nicht mehr in Aggressionshandlungen gegen die Sowjetunion betätigen; wohl aber vermochten sie sich der Seelen mancher Kameraden zu bemächtigen und den alten Haß mit düsteren Prophezeiungen über das zu erwartende persönliche Schicksal neu anzufachen – zumal wenn es sich um Offiziere handelte, die in den ersten Jahren der Weimarer Republik verantwortliche Stellen in den Freikorps und in jenen Reichswehrverbänden innegehabt hatten, die die heroischen Befreiungskämpfe der Arbeiter blutig niedergeschlagen hatten.

In dieser Situation erwies sich nun die geistige Kraft, die dem Anspruch der Arbeiterklasse und ihrer Partei auf die führende Rolle zugrunde liegt. So führten die Begegnungen mit hervorragenden Vertretern der alten KPD zur grundlegenden Korrektur an unserem bisherigen Geschichtsbild und ergaben neue Perspektiven für Deutschland.

Es war die Logik einer mehr denn hundertjährigen Entwicklung, es waren die Erfahrungen aus dem revolutionären Kampf eines ganzen Jahrhunderts, beginnend mit dem Kommunistischen Manifest von 1848, die uns in diesen Begegnungen nun bestimmend beeindruckten und die Augen dafür öffneten, daß die Arbeiterbewegung angesichts des Versagens der schöpferischen Kräfte des Bürgertums und als Erbe ihrer Kultur die Sache aller fortschrittlichen und nationalbewußten Menschen verteidigt. Damit war es uns unmöglich, in der bisherigen Weise fortzuleben. Wir waren innerlich gezwungen, neue Wege zu suchen.

„Die deutsche Arbeiterklasse ist der natürliche Erbe alles Großen, Fortschrittlichen und Humanistischen, das vom deutschen Volk in seiner geschichtlichen Entwicklung hervorgebracht wurde. Von ihren Anfängen an hat die revolutionäre Arbeiterbewegung die wahrhaft nationalen, kulturellen und wissenschaftlichen Traditionen gegen die Verfälschung und den Mißbrauch durch die herrschenden reaktionären Ausbeuterklassen verteidigt. Indem die deutsche Arbeiterklasse nach der Zerschlagung des Hitlerregimes durch das ruhmreiche Sowjetvolk an der Spitze der Volksmassen in einem Teil Deutschlands den Imperialismus vernichtete und den Sozialismus zum Siege führt, verwirklicht sie ihre historische Rolle und verhilft damit der historischen Gesetzmäßigkeit zum Durchbruch. Sie beweist, daß auch in Deutschland die Lebensfragen der Nation nur durch die Überwindung des Imperialismus und durch die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu lösen sind.“ (Grundriß, a. a. O., S. 58 f.)

Manche unserer Gesprächspartner, so Walter Ulbricht, hatten bereits in den vorausgegangenen Kampfwochen über die Gräben hinweg zu nationaler Haltung aufgerufen und die Gewissen in Unruhe versetzt. In der damit eingeleiteten Selbstbesinnung wurde es Menschen christlichen Glaubens immer deutlicher, daß die Ziele und Ideale der deutschen Kommunisten aufs innigste mit den echten Anliegen christlicher Menschen verbunden sind. Gewiß, die Kommunisten beteten nicht, aber sie rührten doch die Hände für die Herausbildung einer Welt, die frei ist von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg, von all dem, was in der Vergangenheit so oft den christlichen Menschen schwer auf der Seele lastete. Damit wurde uns die Zusammenarbeit der Christen und Marxisten zu einer nationalen Verpflichtung, zu einer Demonstration für den Ernst unseres christlichen Willens.

Vor allem erweckten diese Begegnungen auch das Verständnis dafür, daß wir ein neues Deutschland nicht als ein Geschenk des Himmels erwarten können, daß wir die Neugestaltung und Einrichtung des deutschen Hauses nicht frem-

den Mächten überlassen dürfen, sondern daß wir selbst Hand anlegen müssen. Wir lernten begreifen, wie es Walter Ulbricht bereits Jahre zuvor in großen historischen Analysen dargelegt hatte, daß die Ausrottung und Überwindung des Faschismus auch deutsche Aktivität erfordert.

Und ganz von selbst wurde uns nunmehr auch bewußt, daß die Zukunft Bekennernut von uns forderte und Konsequenzen aus neuen Erkenntnissen.

Ein erstes Betätigungsfeld fand diese neu aufkommende Aktivität in Arbeitsgemeinschaften, die sich in den Lagern bildeten, sei es für Fragen von Recht und Gesetz, auf die die Praxis des Hitlerreichs sich geradezu verheerend ausgewirkt hatte, oder zur Erörterung ethischer Probleme in christlichen Arbeitsgruppen.

Das offene und ehrliche Auftreten zahlreicher Soldaten, die den sowjetischen Lagerleitungen gegenüber aus ihrem überzeugten Christentum kein Hehl machten, trug dazu bei, daß in den Kriegsgefangenenlagern die Durchführung von Gottesdiensten und Bibelstunden von sowjetischer Seite ermöglicht und sogar unterstützt wurde. Die Haltung solcher Kameraden half aber auch, Menschen, die unter der Wucht des Geschehens dem seelischen Zusammenbruch nahe waren, innerlich wieder aufzurichten. So konnten wir schon damals in Frage und Antwort vielen Kameraden die Erkenntnis vermitteln, daß auch in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ein Leben und Mitarbeiten aus christlicher Grundhaltung heraus durchaus möglich ist.

Über das Lager hinaus konnten wir Beziehungen zur christlichen Kirche in der Sowjetunion, zur orthodoxen Kirche, aufnehmen; so konnte ich beispielsweise Verbindungen zu kirchlichen Persönlichkeiten der Russisch-Rechtgläubigen Kirche herbeiführen und dort großes Verständnis für den Kampf christlicher Kreise in Deutschland gegen den Hitlerfaschismus feststellen. In den Gesprächen mit den Vertretern der orthodoxen Kirche wurde uns bewußt, daß die Kirche die Trennung vom Staat nicht zu fürchten hat, sofern in ihr das notwendige Eigenleben vorhanden ist.

In dem Bemühen, Verständnis für die Ziele und Aufgaben und den außergewöhnlichen Kampf des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, vor allem in Deutschland selbst, auf dem Wege über kirchliche Kreise zu wecken, wandte ich mich mit Unterstützung sowjetischer Stellen Ende 1943 in persönlichen Briefen u. a. an Kardinal Faulhaber, München, Bischof Graf Preysing, Berlin, und Bischof Berning, Osnabrück, ja selbst nach Rom an den Heiligen Vater, den ehemaligen bayrischen Nuntius Pacelli.

Die rettende Tat

Eine entscheidende Aktivierung fand dieser Prozeß der Selbstbesinnung, der in vielen Lagern eingesetzt hatte, mit einer Zusammenkunft von etwa hundert Delegierten aus fünf Offiziersgefangenenlagern am 12. September 1943. Aus der Kraft des neu erwachten Verantwortungsbewußtseins für Staat und Volk, vorwärtsgetrieben von der Erkenntnis, daß Deutschlands alarmierende Situation nationale Aktivität erforderte, beschlossen wir auf dieser Konferenz, den Bund Deutscher Offiziere zu gründen, der sich unverzüglich dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ anschloß.

Dieses war einige Wochen zuvor, am 13. Juli 1943, in Krasnogorsk gegründet worden. Die Vorarbeiten zu seiner Gründung hatten in allen Gefangenenlagern eine große Bewegung ausgelöst. Mehrere Monate zuvor waren bereits Persönlichkeiten wie Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Erich Weinert, Hermann Matern, Willi Bredel, Karl Maron, Friedrich Wolf, Peter Florin und andere in Hunderten von Aussprachen und Versammlungen mit den deutschen Soldaten und Offizieren in engste Fühlung gekommen. Überall folgten sie dabei dem brennenden Wunsch deutscher Menschen, über das Geschick ihrer Heimat mehr zu erfahren und die Wahrheit über die geschichtlichen Vorgänge, die zum faschistischen Raubkrieg geführt hatten, zu ergründen. Unsere kommunistischen Freunde wurden damals in hervorragender Weise in Rede und Gegenrede, in Frage und Antwort dieser bedeutenden Aufklärungsarbeit einfühlsam und in aller Offenheit wahrhaft menschlich gerecht.

So wurde vor allen Dingen aber auch den deutschen Kriegsgefangenen klar, daß es Mittel und Möglichkeiten gab, auch unter der besonderen Situation des Gefangenseins Bedeutendes zur Rettung der deutschen Heimat aus den Klauen der Hitlerbarbarei zu tun. Der Kreis der Antifaschisten unter den Kriegsgefangenen selbst wurde immer größer, und bald erkannten wir – auch ich selbst –, daß wir unter besonderen Formen der Mentalität des deutschen Offiziers gerecht werden mußten, um ihn für die große nationale Aufgabe gewinnen zu können. So kam es dann zwei Monate nach Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ zur Gründung des Bundes Deutscher Offiziere.

Der Geist, der uns dabei beseelte, die innere Bewegung, in die wir durch den Zusammenprall zwischen Wahn und Wirklichkeit in unserem Schicksal geraten waren, aber auch die starke Bereitschaft, nach langen Jahren des Duldens und des Schweigens Zeugnis abzulegen, fanden ihren Ausdruck in einem Aufruf, der durch seine aufrüttelnde Sprache weithin aufhorchen ließ. Darin hieß es:

„Wir sind durch eine Hölle gegangen.

*Wir wurden totgesagt und sind zu neuem Leben erstanden.
Wir können nicht länger schweigen!*

Wir haben, wie niemand sonst, das Recht, zu sprechen, nicht nur im eigenen Namen, sondern im Namen unserer toten Kameraden, im Namen aller Opfer von Stalingrad ...

Wir Generale und Offiziere der 6. Armee sind entschlossen, dem bisher sinnlosen Opfertod unserer Kameraden einen tiefen geschichtlichen Sinn zu geben. Sie sollen nicht umsonst gestorben sein! Aus der bitteren Erkenntnis von Stalingrad soll die rettende Tat hervorgehen. Wir wenden uns daher an Volk und Wehrmacht, wir sprechen vor allem zu den Heerführern, den Generalen, den Offizieren der Wehrmacht.

In Eurer Hand liegt eine große Entscheidung!

Deutschland erwartet von Euch den Mut, die Wahrheit zu sehen und demgemäß kühn und unverzüglich zu handeln.“

So gaben wir dem Geschehen an der Wolga für unser Volk dadurch den tieferen Sinn, daß wir unter dem Eindruck des Verlaufs und der Folgen der Schlacht an der Wolga den Weg der Umkehr antraten. Wir sahen die Not und das Elend der fernen Heimat, erfuhren die Unbelehrbarkeit und den Haß der im Herzen verhärteten Faschisten, die einige von uns in Abwesenheitsverfahren kriegsgerichtlich verurteilten; zugleich aber sahen wir vor uns das Bild einer neuen großen deutschen Zukunft im Frieden. Die rettende Tat, auch das wurde uns in diesen Stunden zur Gewißheit, mußte gipfeln im festen Zusammenschluß der Menschen guten Willens, im B ü n d n i s der Arbeiterklasse mit dem fortschrittlichen Bürgertum, in der Einreihung in die weltweite Front der Kämpfer gegen Faschismus, Imperialismus und Militarismus.

Die Bedeutung dieser Selbstbesinnung, die uns dem Leben zurückgab, hat sowohl in dem Dokument des Nationalrats „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ als auch in dem „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ seine volle Würdigung gefunden. So heißt es in dem Dokument des Nationalrats:

„In der Illegalität, während der finsternen Nacht der Nazi-herrschaft, kämpften die besten Vertreter der deutschen Arbeiterklasse, Kommunisten, linke Sozialdemokraten sowie Parteilose, christliche Bürger und Hitlergegner aus bürgerlichen Kreisen gegen die faschistische Herrschaft, für die Beendigung des Hitlerkrieges.

Sie halfen, selber unterdrückt und verfolgt, nackt unter den Wölfen der Konzentrationslager – soweit es in ihrer Macht stand – den Patrioten anderer Völker, die das unmenschliche Hitlerregime zur Ausbeutung und Vernichtung in diese Lager geschleppt hatte.

Sie kämpften auf den Schlachtfeldern des spanischen Bürgerkrieges mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus, gegen Hitler und Mussolini.

Sie waren an der Seite des schmählich überfallenen sowjetischen Volkes bei Moskau und an der Wolga. Sie verbanden sich im Nationalkomitee Freies Deutschland mit den deutschen Soldaten, Offizieren und Generalen, die den verbrecherischen Charakter des Hitlerkrieges erkannten und bereit waren, für die schnelle Beendigung des Krieges und ein neues besseres Deutschland zu kämpfen.

Sie retteten die Ehre der deutschen Nation.

Damals wurde es auch vielen Sozialdemokraten klar, daß es niemals zu der Herrschaft des Hitlerfaschismus gekommen wäre, wenn die Arbeiterklasse – verbündet mit anderen fortschrittlichen und demokratischen Kräften – schon 1918 vereint die demokratische Revolution zu Ende geführt und – ihrer historischen Bestimmung gemäß – die Führung des deutschen Volkes übernommen hätte.“

Ähnlich positiv wird in dem grundlegenden Referat, mit dem Walter Ulbricht die Beratung des Dokuments „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ einleitete, die Zusammenarbeit im Nationalkomitee gegenübergestellt der negativen Ablehnung der Zusammenarbeit der Arbeiterparteien durch die rechte SPD-Führung noch in der Prager Emigration, wird die Arbeit des Nationalkomitees und des Bundes Deutscher Offiziere als ein Beitrag zur richtigen Orientierung des deutschen Volkes im Kampf gegen den Faschismus bewertet. In dem Grundriß selbst wird das Nationalkomitee geradezu als die deutsche Antihitlerkoalition charakterisiert. Wörtlich heißt es dazu:

„Das Nationalkomitee war seinem Wesen nach die deutsche Antihitlerkoalition. Die Politik des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘ bestand darin, den Krieg durch den Sturz der Hitlerregierung zu beenden, den Friedensschluß durch die Kräfte der Arbeiterklasse, der bürgerlichen Antihitleropposition in der Armee herbeizuführen und die Leidenszeit unseres Volkes zu verkürzen... Unter Leitung der Vertreter des Politbüros der KPD bereitete sich das Nationalkomitee gleichzeitig auf den Neuaufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschland vor.“ (a. a. O., S. 141)

Denn die rettende Tat, von der sowohl das Manifest des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ wie auch der Aufruf des Bundes Deutscher Offiziere an Volk und Wehrmacht sprachen, war nicht gedacht als eine einmalige Handlung, eine formelle Absage an die Vergangenheit. Sie hatte vielmehr zum Inhalt: Arbeit und Aufklärung, unzählige Aktionen, eben die Bewährung im großen Bündnis für die Neubegründung eines deutschen Staates, für eine Politik des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit.

II. Der Neubeginn

Unser Gründungsaufruf – ein Wegzeichen in ein neues Deutschland

Dank den Erfahrungen in der Zusammenarbeit im Nationalkomitee kehrten die Angehörigen dieser Gemeinschaft nicht in Resignation aus dem zweiten Weltkrieg in die Heimat zurück, sondern nunmehr drängte es uns dazu, der inneren Wandlung durch Taten Ausdruck zu geben.

Auch wir hatten „Osterfahrun“ gesammelt – nur war sie anderer Art als die, die in verblendeten Hitleroffizieren lebendig war. Wir erblickten unsere Mission nicht darin, umständiglich und selbstgefällig zu prüfen, was im einzelnen hätte besser gemacht werden können. Wir hatten vielmehr die verbrecherische Torheit des Gesamtkonzepts durchschaut.

Unsere Osterfahrun gipfelte in der Erkenntnis, daß die sowjetischen Menschen den Frieden wollen, daß die Sowjetunion ein Land schöpferischer Arbeit ist, daß die Ziele der sowjetischen Politik mit den legitimen Interessen des deutschen Volkes übereinstimmen und ein friedliches Deutschland in der Sowjetunion einen Freund und Helfer hat.

„Mit der UdSSR half erstmals in der Geschichte eine Siegermacht dem besiegten Land, dessen Aggressionsarmeen beispiellose Gewalttaten und Zerstörungen verübt hatten, die nationale Unabhängigkeit zu gewährleisten, einen friedlichen und demokratischen Entwicklungsweg zu erschließen und die Nachkriegsschwierigkeiten zu überwinden, indem sie bedeutende materielle Mittel zur Verfügung stellte.“ (Grundriß, a. a. O., S. 147)

Unsere Sehnsucht nach Freundschaft mit den Nachbarvölkern und der Sammlung der demokratischen Kräfte in der Heimat fand einen Widerhall in dem Gründungsaufruf der CDU vom 26. Juni 1945.

Das, was diesen Aufruf charakterisierte und auch heute noch unsere Freunde so oft veranlaßt, auf ihn Bezug zu nehmen, war Ausdruck einer Erkenntnis, die damals in ganz Deutschland weit verbreitet war: der Ruf zur Sammlung, zur Mitarbeit am Aufbau einer neuen Heimat, die Forderung, alles Trennende zurückzustellen, die Betonung der internationalen Verbundenheit der Völker und das Gelöbnis, „alles bis zum Letzten auszunutzen, was diese ungeheuren Blutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt“.

Und noch etwas beeindruckte uns an diesem Aufruf außerordentlich. Das war, daß der Gründungsaufruf es als unerläßlich bezeichnete, „schon und für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballung zu sichern“, die Bodenschätze in Staatsbesitz

zu überführen. „Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden.“

Denn diese Sätze konnten nur bedeuten, daß das Bekenntnis zu gesellschaftlichen Veränderungen nicht als Lippenbekenntnis gedacht war, sondern vorwärtsdrängte zu verändernden Taten. Wer diese Sätze ernst nahm, der mußte auch die soziale Neuordnung und die feste Zusammenarbeit aller Parteien im Block der antifaschistisch-demokratischen Kräfte ehrlichen Herzens bejahen. Den nur gemeinsam war das ins Werk zu setzen, was für alle notwendig war.

Der Weg zum Volkskongreß

Eines der ersten großen gemeinsamen Werke, zustande gekommen in enger Zusammenarbeit der Vertreter aller Parteien und Massenorganisationen, war der Erste Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden am 6. und 7. Dezember 1947 in Berlin.

Die Wiederherstellung der nationalen Einheit und die Begründung eines dauerhaften Friedens waren seit 1945, von Anfang an, Hauptziele des politischen Kampfes in der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Ihnen galt unsere Initiative, unsere Aktivität.

In diesem Rahmen versuchte die damalige CDU-Führung, eine Nationale Repräsentation und danach einen Nationalen Konsultativrat ins Leben zu rufen. Der bürgerliche Charakter solcher Institutionen hinderte die SED nicht, diese Bemühungen zu unterstützen. Gescheitert sind beide Bestrebungen jedoch an dem gemeinsamen Widerstand Konrad Adenauers und Dr. Schumachers. In dem Scheitern dieser Bemühungen wurde uns noch einmal vor Augen geführt, daß die Kraft des Bürgertums für die Lösung der nationalen Frage im Wege einer konstruktiven Politik nicht mehr ausreicht.

Inzwischen war die Gefahr für den nationalen Zusammenhalt Deutschlands noch größer geworden. Vorbereitet durch die Reden Churchills am 6. März 1946 in Fulton und die Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes am 6. September 1946, distanzieren sich die Westmächte von ihrem Verbündeten, begannen sie mit dem kalten Krieg die Frontbildung gegen die Sowjetunion und damit die Spaltung Europas. Damit kehrten die Westmächte zu jener unheilvollen Politik zurück, mit der sie unmittelbar nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution versucht hatten, die junge Sowjetmacht und die neue soziale Ordnung im Feldzug der 14 Staaten zu ersticken.

So datiert denn auch ein verständnisvoller amerikanischer Publizist, George Marion, in seinem Buch „Stützpunkte und

Imperium“ den eigentlichen Beginn des kalten Krieges mit dem Jahre 1917, „als 14 Mächte unter der Führung Winston Churchills eine bewaffnete Intervention organisierten, die das neuerrichtete Sowjetregime stürzen sollte“.

Gegen Jahresende 1947 stand die für den 23. Februar 1948 nach London einberufene Konferenz der Außenminister drohend über Deutschland. Anlässlich dieser Tagung wollten die Westmächte nach Vorbereitungen von langer Hand her den Mechanismus für die Errichtung eines westdeutschen Separatstaates in Gang setzen.

Es entsprach daher nur der wirklichen Situation, wenn nunmehr die SED, die führende Kraft der Arbeiterklasse, ihrerseits die Initiative übernahm, indem sie in Ausführung der Beschlüsse ihrer 2. Parteikonferenz die Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden entfaltete und damit dem nationalen und friedliebenden Deutschland einen Sammelpunkt und ein mobilisierendes Zentrum gab.

„Im Kampf gegen die drohende Abspaltung der Westzonen vom deutschen Nationalverband entstand auf Initiative der SED im Herbst 1947 in ganz Deutschland die von der Arbeiterklasse geführte Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden.“ (Grundriß, a. a. O., S. 155)

Mit der Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden begann der entschiedene Kampf gegen die destruktive Politik der westdeutschen Bourgeoisie, die Aktivierung des deutschen Volkes für eine deutsche Initiative zur Lösung der deutschen Frage. Mit vollem Recht konnte der Präsident des Nationalrats, Prof. Dr. Dr. Erich Correns, in der Beratung des Nationalen Dokuments auf der 11. Tagung des Nationalrats am 25. März 1962 erklären:

„Immer werde ich an diesen ersten Volkskongreß denken, der mich so sehr bewegt hat und der mir die Gewißheit gab, in einem Kreis von Männern und Frauen zu stehen, die für das neue, demokratische Deutschland wirken. Seitdem habe ich an allen Nationalkongressen der Nationalen Front, unserer großen patriotischen Volksbewegung, teilgenommen. Diese Kongresse waren Höhepunkte im patriotischen Kampf, Höhepunkte im Leben unserer Nation. Viele Bürger aus beiden deutschen Staaten haben an diesen großen Beratungen um das Schicksal Deutschlands teilgenommen. Auch wenn diese Kongresse schon der Vergangenheit angehören, haben sie doch eine tiefe Bedeutung für unsere Gegenwart und vor allem für unsere Zukunft; denn sie fanden auf dem Boden der DDR, dem ersten deutschen Friedensstaat, statt. Hier, in unserem Staat, wurde allem, was den Interessen der deutschen Nation dient, eine Tribüne zur offenen Aussprache gegeben, und diese geschichtliche Tatsache und Wahrheit erfüllt mich als politisch denkenden Menschen mit Stolz auf das Land, in dem ich lebe und arbeite.“

Ähnlich hat auch unser 1957 verstorbener Parteivorsitzender Otto Nuschke, wenn er auf die Jahre nach 1945 zurückblickte, stets den harmonischen Zusammenklang hervorgehoben, der den Ersten Volkskongreß charakterisierte. Ganz besonders unterstrich er die damals zum Ausdruck gebrachte Entschlossenheit, die Ziele des Volkskongresses weiterzuverfolgen, und forderte auf, „unermüdlich und eisern zu wirken, das deutsche Volk zu wecken und zu mahnen, das von den Vätern überkommene köstliche Gut der Einheit sich kämpfend zu erhalten“.

Kaisers Verrat am Gründungsaufruf

Für die Mitglieder der CDU beinhaltete der Einsatz für den Volkskongreß ein Bekenntnis und zugleich einen Protest. Ein Bekenntnis nämlich zum Kampf für Einheit und Frieden, einen Protest aber auch gegen die Preisgabe der Grundsätze des Gründungsaufrufs unserer Partei und gegen den Mißbrauch christlicher Menschen durch die damalige reaktionäre Parteiführung mit Jakob Kaiser an der Spitze.

Hartnäckig widersetzte sich Jakob Kaiser der Teilnahme am Volkskongreß, bemüht, alle Mitglieder, die seine Haltung nicht billigten, zu diffamieren. So stürmte er – nach einem Ausspruch Otto Nuschkes – gegen den Volkskongreß beinahe noch wütender an als gegen den Marxismus. Damit desavouierte Jakob Kaiser zugleich seine bisherige Haltung in der zweijährigen Parteiführung. In dieser Zeit hatte auch er einige grundlegende Umwälzungen gebilligt, so z. B. die Bodenreform und die Enteignung der Kriegsverbrecher. Jedoch war das nicht ehrlichen Herzens erfolgt, sondern diente, wie es sich nunmehr in aller Deutlichkeit zeigte, nur dazu, in arglistiger Täuschung die Mitglieder irrezuführen, um sich Machtpositionen zu sichern, die er nach dem Anbruch „besserer“ Zeiten in seinem Sinne zu nutzen gedachte. Dabei ging er davon aus, daß unter seiner Führung die CDU zu einem Sammelbecken reaktionärer Kräfte entwickelt worden war, die mit neuen Methoden die Politik der ehemaligen Harzburger Front auf der Grundlage eines neuen Antikommunismus fortzuführen gedachten.

Die Gelegenheit, den Bruch mit seiner bisherigen Politik zu vollziehen, glaubte Jakob Kaiser gekommen, als die Westmächte im Zuge des kalten Krieges auch die Zusammenarbeit der bürgerlichen und der kommunistischen Parteien, die sich während des Hitlerkrieges in vielen Ländern herausgebildet hatte, aufkündigten. Plötzlich wurden Meinungsverschiedenheiten über religiösen Fragen, die während der schweren Notlage nie die Zusammenarbeit gestört hatten, in den Vordergrund gerückt und zu Hindernissen jeder Zusammenarbeit mit Marxisten aufgebauscht.

Tatsächlich waren es jedoch nicht die Differenzen über die letzten Dinge, unterschiedliche Auffassungen der Christen und

Marxisten in Fragen des Glaubens, der Weltanschauung, die damals die Welt bewegten und die Gemüter entzweiten. Was den Völkern auf den Nägeln brannte, war die Sorge um den Frieden, das Entsetzen über eine gefahrdrohende politische Wende, die wenige Jahre nach einem Weltkrieg, in dem 30 Millionen Soldaten und 24 940 000 Nichtkombattanten den Tod gefunden hatten und 6 Millionen Juden vergast worden waren, die Völker erneut auf den Weg des Krieges führen mußte.

Dagegen verlangten die Völker Schutz, und zwar sowohl im Westen als auch im Osten. Und in der Abwendung dieser Gefahren konnten Christen und Marxisten nur wiederum Schulter an Schulter kämpfen, wie in den Jahren des Leids und des Martyriums in den KZs und innerhalb der weltweiten antifaschistischen Front, weil der Frieden ihnen gleichermaßen am Herzen lag: – den Marxisten, weil sie eine neue Welt, frei von Krisen und Kriegen, aufbauen wollten, den Sozialismus, – den Christen, weil sie, endlich ihrem Gottesauftrag folgend, ihre ganze Kraft zusammen mit allen Menschen guten Willens für wahren Frieden, echte Völkerverständigung und eine sozial gerechte Ordnung einsetzen wollten.

Aber schon gingen wieder Zwietracht, Machtstreben und Reaktion durch das deutsche Land. Damals schon, also noch vor der Währungsspaltung, wurde Westberlin von den Reaktionären eine besondere Mission übertragen. Es sollte Pfahl im Fleische einer deutschen Demokratie werden, die im Gebiet der sowjetisch besetzten Zone alle notwendigen Ansätze zu einer zukunftssträchtigen Entwicklung, anders als das Vorzeichen der Weimarer Zeit, bereits deutlich erkennen ließ.

Frontstadt Westberlin

Mit dem Rückhalt an Westberlin, so war einer Rede Jakob Kaisers vom 10. Januar 1948, die er vervielfältigt in das ganze Land versandte, zu entnehmen, glaubten die reaktionären Kräfte in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, einiges riskieren zu können. Mit dem Satz: „Berlin fiel die härteste und stärkende Aufgabe zu; Berlin hatte die Aufgabe der Wachsamkeit“ nahm Jakob Kaiser bereits die Mission der Frontstadt vorweg. Denn auch die hatte ja zum Inhalt die Irreführung, die Zersetzung, die Sabotage, die ständige Beunruhigung und Störung des Lebens in der DDR.

Eine besondere Aufgabe hatte nun einmal Berlin auch nach den Auffassungen, welche wir in den Leitungen der Zentralverwaltung unserer damaligen Zone vertraten. Dafür ein Beispiel: Die Bekämpfung der Tierseuchen in allen Teilen Deutschlands stellte uns immer wieder vor komplizierte Probleme, weil in den einzelnen Zonen ohne gegenseitige Orientierung und Koordinierung von Bekämpfungsmaß-

nahmen gearbeitet wurde. Ich ließ damals als einer der Vizepräsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft, da ich die Verantwortung für die Tierzucht und das Veterinärwesen trug, eine „Interzonale Veterinärkonferenz“ in der Zeit zwischen dem 14. und 16. Oktober 1947 nach Berlin einberufen. Es sollte vor allen Dingen auch darüber beraten werden, im Interesse einer wirksamen Tierseuchenbekämpfung die Erfahrungen aller vier Zonen einschließlich der Statistiken an einer zentralen Stelle in Berlin vierzehntäglich auszutauschen.

Die Mehrzahl der Delegierten – leitende Persönlichkeiten der Veterinärämter aller vier Zonen – war dafür; doch schlugen westdeutsche Delegierte mit großer Beharrlichkeit und allen möglichen Argumenten in der Aussprache vor, sich nicht auf Berlin festzulegen, den Namen Berlin vielmehr im einschlägigen Beschlußentwurf zu streichen. Gegen dieses Ansinnen habe ich mich u. a. mit folgender Erklärung gewandt:

„Ich würde bitten, das Wort Berlin stehenzulassen. Denn wir wollen dem Kontrollrat sagen, daß wir uns zu einem einheitlichen Deutschland bekennen, dessen Hauptstadt doch selbstverständlich wieder Berlin ist, – ohne jedes Ressentiment nach der einen oder anderen Seite. Hier wird um die Einheit Deutschlands im wahrsten Sinne des Wortes gerungen. Und wir wollen dem Kontrollrat Lösungen konstruktiver Art vorlegen, die das auch zum Ausdruck bringen.“

Die Abstimmung ergab dann drei Stimmen gegen Berlin, während 38 Delegierte für Berlin stimmten. – Dieser an sich belanglos erscheinende Vorgang charakterisiert die unterschiedlichen Auffassungen in der Frage der Erhaltung der Einheit Deutschlands. Für uns jedenfalls galt es, alles zu tun, um jede Entzweiung zu verhindern, auch unter dem Gedanken der Bedeutung Berlins als der Hauptstadt Deutschlands.

So bekämpften wir alle Bestrebungen, die darauf gerichtet waren, Berlin zu „ersetzen“, seiner nationalen Mission zu entkleiden und seiner zentralen Stelle zu entheben, um dafür einen Teil der Stadt in einen Brückenkopf des kalten Krieges umzuwandeln.

Einen Toast auf den Krieg

Während Jakob Kaiser seine politische Taktik mit westdeutschen Parteiführern, z. B. mit Joseph Müller, der denn auch bereit war, die gesamte Verantwortung für den Kurs Kaisers zu übernehmen, und noch mehr mit den Vertretern der amerikanischen und der britischen Besatzungsmächte, Lord Pakenham und den Generalen Clay und Robertson, abstimmte, ja sich sogar darauf zu berufen wagten, daß sie seine Handlungen billigten, mied er dagegen die eigene Be-

satzungsmacht und noch mehr die Fühlungnahme mit den Vorsitzenden der damaligen Landesverbände und offene, eindeutige Aussprachen darüber innerhalb der Parteileitung. Dafür hatte er nur seine engsten Vertrauten und Mitwisser ausersehen, unter ihnen die Herren Schreiber, Lemmer und Krone. Haltung und Wille der großen Mehrheit der Partei waren ihm gleichgültig.

So verspielte Jakob Kaiser leichtfertig und böswillig das große Vertrauen, das ihm entgegengebracht worden war. Etappen auf diesem Weg waren die Aufkündigung der Blockpolitik am 12. Juli 1947, der unentwegte Widerstand gegen die von der überwiegenden Mehrheit der weiblichen Mitglieder der CDU gewünschte Mitarbeit im DFD, ferner die Propagierung des Marshallplans, mit dem die USA Europa sich dienstbar machen wollten.

Als Jakob Kaiser schließlich angesichts des Widerstandes der Partei gegen seine Politik bei unverminderter Ablehnung der Volkskongreßbewegung durch die Parteiführung den Mitgliedern sozusagen privatim die Teilnahme freistellte, mutete das jeden Unvoreingenommenen wie eine Groteske an. Eine Parteiführung, die die Haltung zu den nationalen Schicksalsfragen, zur deutschen Einheit und zum Frieden, als Privatsache ihrer Mitglieder betrachtet, ist gewiß politisch nicht mehr ernst zu nehmen.

So war die Politik Jakob Kaisers völlig gescheitert. Die Mitglieder der CDU konnten ihm auf seinen den Gründungsaufwurf zuwiderlaufenden Wegen nicht folgen. Nicht nur, daß Jakob Kaiser sich dazu hergegeben hatte, in der damaligen sowjetischen Besatzungszone die Politik der USA zu betreiben, hatte er außerdem noch das Vertrauen durch Indiskretionen, Agentendienste für die Amerikaner und Provokationen zerstört.

Es war ein peinliches Erlebnis für uns alle, als Jakob Kaiser anläßlich eines Empfangs bei Oberst Tulpanow im Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft in Berlin sein Glas auf die baldige Wiederherstellung der ehemaligen Ostgrenzen erhob. Es war eine Provokation, die der Sowjetunion einen Treubruch empfehlen sollte und die Preisgabe einer Außenpolitik, die sie von ihrer ersten Stunde an konsequent innegehalten hatte, ausgerichtet auf die Sicherung des Weltfriedens. Es war ein Toast auf den Krieg, – eine schmutzige Herausforderung, mit der Jakob Kaiser sich der Sowjetunion, den gesamten Parteien in unserem Raum, unserer friedlichen politischen Konzeption und dem Gründungsaufwurf der CDU entgegengestellt hatte.

Oberst Tulpanow wies mit kühlen, aber unmißverständlichen Worten Jakob Kaiser hart in die Schranken und endete ganz kurz mit der Frage, die zugleich eine eindeutige Ant-

wort war, die Jakob Kaiser erleichen ließ: „Sie sind sich doch klar darüber, Herr Jakob Kaiser, daß Ihre Forderung Krieg bedeutet!“ — Diese Antwort war für uns alle ebenso deutlich nach dem Westen gerichtet.

Von diesem Augenblick an war für uns Jakob Kaiser ein toter Mann.

Dieses Geschehnis war kein Zufall oder Zwischenfall, sondern vielmehr Ausdruck der Gesamtkonzeption Kaisers, ein weiteres Zeichen für seine Übereinstimmung mit den reaktionären Kräften in Westdeutschland. Denn die dachten genauso und hatten deshalb mit wohlwollender Unterstützung durch die Westmächte den Revanchismus zu neuem Leben erweckt.

So bewahrheitete sich an Jakob Kaiser als erstem das Wort Otto Nuschkes, nach dem der Volkskongreß für alle Parteien und Personen die große Kontrollinstanz in der Haltung gegenüber den großen Daseinsfragen unseres Volkes bildet. Die gleichen Personen, die sich 1947 dem Volkskongreß widersetzen, haben sich später auch jeder anderen deutschen Initiative für die friedliche Lösung der deutschen Frage widersetzt, haben auch später national versagt, ja, sich des nationalen Verrats schuldig gemacht.

Wie sehr sie damit als Befehlsempfänger fremder Mächte handelten, zeigte Jakob Kaiser, indem er in einer Sitzung des antifaschistisch-demokratischen Blocks die Änderung seiner Haltung ausdrücklich damit „begründete“, daß Lord Pakenham einen solchen Kurswechsel angeraten habe.

III. Unsere Entscheidung für Deutschland Scheidung der Geister

Als am 6. Dezember 1947 in Berlin der Erste Volkskongreß eröffnet wurde, zeigte sich sogleich, daß Jakob Kaiser den politischen Willen der Partei nicht mehr repräsentierte. Es waren nicht einzelne Mitglieder der CDU, die sich in Berlin eingefunden hatten, sondern eine nach Namen und Zahl starke Delegation aus dem gesamten Land.

Insgesamt nahmen 2215 Delegierte an den Verhandlungen teil, davon 1551 aus der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und 664 aus Westdeutschland. An sich wäre die Zahl der Westdeutschen noch größer gewesen, wenn nicht so vielen von ihnen die Pässe verweigert worden wären.

Von den damaligen Parteien der Zone entfielen auf die SED 651 Delegierte, auf die CDU 219 und auf die LDP 253. Ferner waren die KPD durch 242 und die SPD durch 91 Delegierte vertreten. Parteilos waren 372 der Anwesenden. Die Massenorganisationen, also der FDGB, die FDJ, die VdGB, der DFD, die VVN und der Kulturbund, hatten insgesamt 440 Mitglieder entsandt.

Zu den Delegierten der CDU gehörten die Vorsitzenden der Landesverbände, ferner Otto Nuschke, Dr. Lobedan, unser heutiger Parteivorsitzender August Bach, Gerald Götting, Fritz Burmeister, Ganter-Gilmans, Otto Freitag, der frühere Reichstagsabgeordnete Friedrich Hillebrand, Arnold Gohr, Karl Grobbel und ich selbst. Keiner von uns fühlte sich als Privatperson, als ein politisches Neutrum. Im Gegenteil, als bestimmend für unsere Mitarbeit empfanden wir den Gründungsaufwurf unserer CDU, die Verpflichtung, bis zum letzten auszutilgen, was die ungeheuren Blutopfer zwischen 1933 und 1945 und das nachfolgende namenlose Elend verschuldet hatte, „und nichts zu unterlassen, das die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt“.

Unser Weg in den Volkskongreß entsprach der einstimmigen Auffassung, die sich bereits am 19. und 20. April 1947 anläßlich einer Zusammenkunft der Vorsitzenden der Landesverbände in Halle in der Diskussion über die politischen Grundfragen ergeben hatte. Schon damals war die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion erneut bejaht worden unter besonderer Würdigung der Perspektiven, die sich hier für die gesamte deutsche Wirtschaft ergaben. Einmütig hatten die Vorsitzenden der Landesverbände dem Willen der Partei dahin Ausdruck gegeben, Deutschland unbedingt aus dem kalten Krieg herauszulassen. Mit tiefer Besorgnis erfüllte sie das westdeutsche Eingehen auf den Marshallplan. Im Bewußtsein der Verantwortung gegenüber Deutschland hatten die Vorsitzenden der Landesverbände nachdrücklich die Gefahren hervorgehoben, die sich durch die Entwicklung in Westdeutschland für den Zusammenhalt Deutschlands ergaben. Bei dieser Zusammenarbeit war noch einmal die Notwendigkeit einer sozialen Umgestaltung Deutschlands als vordringlich und übereinstimmend mit dem Geist des Gründungsaufwurfs unterstrichen worden. Angesichts der Eigenmächtigkeiten, die sich Jakob Kaiser in zunehmendem Maße herausnahm, war in Halle auch noch die Forderung nach einer stärkeren Einschaltung der Landesverbandsvorsitzenden bei der Willensbildung der Parteiführung gefordert worden.

In den Tagen des Volkskongresses nun bekamen die Landesverbände von Jakob Kaiser zu hören, daß er zwar die Stärke der nationalen Bewegung, wie sie im Volkskongreß zum Ausdruck kam, falsch eingeschätzt habe, trotzdem aber sollte die Partei sich nach wie vor dem Volkskongreß versagen. Das aber lag uns allen völlig fern. Wir dachten nicht daran, vor dem Willen eines einzelnen zu kapitulieren, sondern wir handelten als Demokraten und bekräftigten unsere nationale Verantwortung durch unsere persönliche Entscheidung. So entfalteten wir zur Vorbereitung und Durchführung des Volkskongresses, dessen Präsidium auch Otto Nuschke angehörte, eine rege Mitarbeit.

Heute, nach rund 15 Jahren, halte ich es für erforderlich, kurz darzustellen, wie wir zur damaligen Zeit die nationale Frage beurteilten, die gefahrdrohende Entwicklung im Westen unserer Heimat bereits erkannt hatten und welche Forderungen sich daraus ergaben. Ich selbst versuchte vor der Einberufung des Volkskongresses, alle diese Gesichtspunkte in der nachfolgend in wesentlichen Teilen abgedruckten Rede vor rund 400 Mitarbeitern der Zentralverwaltungen darzustellen:

„Seit der Aufforderung zur Teilnahme am Volkskongreß mehrten sich täglich in einer gewissen Presse kritische Stimmen über den für den Kongreß gewählten Zeitpunkt. Der Kongreß wird als zu spät, als zwecklos bezeichnet. – Wir können demgegenüber nicht deutlich genug kundtun, daß dem alten, morschen und dem Nazismus verfallenen Deutschland gegenüber ein neues Deutschland im Werden ist, das heute, 2 $\frac{1}{2}$ Jahre nach dem Zusammenbruch, durch überzeugte Antifaschisten, echte Demokraten, fortschrittlich denkende Männer und Frauen verkörpert wird – Männer und Frauen, neben denen Millionen unseres Volkes stehen. Daraus leiten wir die Berechtigung ab, einen derartigen Kongreß auf breiter Basis durchzuführen. Deshalb haben wir seine Einberufung auf das wärmste begrüßt.

Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt des Kongresses: die Einheit Deutschlands und der gerechte Frieden. Gerade wir in den Zentralverwaltungen kennen die außerordentlichen Schwierigkeiten, die unserer Arbeit dauernd entgegenstehen, und zwar durch die Uneinheitlichkeit, nach der in den verschiedenen Zonen der Aufbau betrieben wird. Durch die Zonengrenzen drohen da und dort absolut verkrampte Lösungen, die in den einzelnen Ländern praktisch gar nicht gelöst werden können.

Aus dem Ruf nach einer Einheit Deutschlands erwachsen uns Verpflichtungen im Innern Deutschlands und nach außen hin; im Innern gegenüber dem Volk, das das traurige Erbe Hitlers angebeten hat und nun auskosten muß. Es gilt hier in erster Linie, dem harten Existenzkampf unserer Jugend, unserer Frauen und der Alten zu steuern und darüber hinaus den nazistischen Geist zu überwinden. Gegenüber den anderen Nationen, denen Zerstörungen und Verwüstungen bereitet wurden, über deren Ausmaß bei nicht wenigen auch heute noch keine Vorstellungen bestehen, erwächst die Verpflichtung der Wiedergutmachung und darüber hinaus der wirklichen Bereitschaft zu ehrlicher Zusammenarbeit durch die Tat.

Auf die Gefahr, die aus der augenblicklichen Zerrissenheit Deutschlands bezüglich des Auseinanderlebens bis in die engste Familie hinein sich ergeben, sei besonders hingewiesen, außerdem auf die Gefahr der einseitigen Beeinflussung weiter Kreise des Volkes, woraus der Geist der Verneinung Früchte trägt, indem er Haß statt Liebe predigt und Zwietracht statt Eintracht. Nicht umsonst wurde in diesen Tagen wiederum das Wort

geprägt, daß der Kongreß wahrnehmen möge, was das Wort sagt: ‚Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!‘

Dieser Geist der Verneinung ist aber auch der beste Nährboden einer antiöstlichen, antisowjetischen Propaganda, wodurch die Gefahr immer stärker wird, den Trennungsstrich mitten durch die Nation zu ziehen. Es ist bereits soweit, daß man sich im Westen nicht scheut, die Ostzone da und dort einfach abzuschreiben. Gerade deshalb unsere Verpflichtung, zu zeigen, daß wir hier in der Ostzone deutsch denken, fühlen, handeln.

Es ist der Zeitpunkt gekommen, daß wirkliche Patrioten in letzter Minute die Gefahr aufzeigen. Es ist bezeichnend, daß aber gerade diese Männer und Frauen aus unserem Volke von einer gewissen Presse geflissentlich diffamiert werden. Nur solche Männer und Frauen, solche Patrioten werden für ein einiges, einheitliches Deutschland die richtigen und berufenen Sprecher der Völkerverständigung sein. Denken Sie dabei an die Völker, die uns umgeben und mit denen wir wieder in Beziehungen jeder Art treten müssen. Es sind im Osten nicht nur Russen, es sind ebenso die Tschechen, Polen, Ungarn und die Völker Südosteuropas – gerade zu diesen Völkern will man uns in schärfsten Gegensatz bringen, wenn man – wiederum in einer gewissen Presse – besonders unterstreicht, daß sie unter einer verderblichen Einflußsphäre des ‚sowjetischen Reiches‘ stünden.

Alle diese Fragen lassen sich nur auf einer einheitlichen Grundlage für ganz Deutschland richtig erörtern und richtig lösen. Dazu brauchen wir Männer mit klarem, nüchternem und realem Sinn, die Deutschland als unsere Heimat, aber auch die großen Zusammenhänge Europas und der Welt zu sehen vermögen. Deshalb lehnen wir doktrinäre Fanatiker und Hysteriker ab, aber auch solche Politiker, die mit billigen Mitteln versuchen, eine Demonstration herauszufordern! Stimmung zu machen ist leicht; aber politische Verpflichtungen, die einmal ausgesprochen sind, zu halten, ist doppelt schwer. Dazu eignen sich in erster Linie Männer aus dem Volke.

In diesem Zusammenhang mögen die Versuche aufgeführt werden, zu einer nationalen Vertretung noch vor der Londoner Konferenz zu kommen. Ich nenne hier zunächst den Versuch, eine nationale Repräsentation zu bilden, wie sie Jakob Kaiser bilden wollte. Er ist zweifellos an der Verbissenheit und nicht zuletzt auch an der politischen Inkonsequenz Schumachers gescheitert.

Da ist ein weiterer Versuch, der unter dem Namen des ‚Friedensburg-Komitees‘ wohl allseitig bekannt sein dürfte. Hier hat sich zweifellos ein beachtliches Gremium hoher deutscher Intelligenz zusammengefunden, ein Gremium, das durchaus in der Lage ist, gewisse Erfolge zu erzielen. Aber wenn es trotzdem bisher zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen ist, so deshalb, weil dieses Gremium o h n e d a s V o l k zusammengesetzt ist, ohne die berufensten Vertreter der breiten Masse unserer Arbeiter, An-

gestellten, unserer Bauern; das Gremium wird voraussichtlich deshalb auch zu keinem Erfolg kommen.

Ferner erinnere ich an den Versuch, der etwa vor acht Tagen noch einmal gemacht wurde, als sich die maßgebenden Männer der Blockparteien unserer Zone zusammensetzten, um unter einer einheitlichen Devise unser Volk zusammenzuführen. Auch dieser Versuch ist gescheitert; er ist an der LDP und an einzelnen Persönlichkeiten der CDU gescheitert. Ich scheue mich nicht, als CDU-Mann meine Stellungnahme zu sagen. Die Gründe für das Scheitern scheinen größere und tiefere zu sein als nur die Rücksichtnahme auf süddeutsche Auffassungen, wie sie von Männern der CSU zum Ausdruck gebracht wurden und denen gegenüber Jakob Kaiser, soweit ich orientiert bin, gewisse Zusagen gemacht hat. Die Folge davon war, daß das Zustandekommen einer einheitlichen Vertretung an taktischen Erwägungen scheiterte, die ihre Grundlagen wohl nicht zuletzt in einer Orientierung nach dem Westen und Süden haben, die unter dem Gesichtspunkt der Verhältnisse in unserer Zone gar nicht entscheidend und unter dem Gesichtspunkt einer gesamtdeutschen Lösung erst recht nicht entscheidend sein dürften.

Sie sahen aus dieser Äußerung: Ich scheue mich in diesem Zusammenhang auch als CDU-Mann nicht, mir die Unabhängigkeit meines demokratischen Handelns zu bewahren. Ich weiß mich darin einig mit einer großen Zahl von Männern und Frauen gerade innerhalb unserer CDU. Es gibt Augenblicke, in denen es weder ein Wenn noch ein Aber geben darf, wo es letztlich auf die sofortige klare Entscheidung ankommt. Deshalb entschied ich mich für Mitarbeit an der Vorbereitung zum Volkskongreß und für seine Ziele. Ehrlich gesagt – in dieser ersten Stunde liegt mir Deutschlands Zukunft mehr am Herzen als vielleicht Punkte eines Parteiprogramms, das auch Wandlungen unterworfen sein kann. Damit fasse ich zusammen: Die Auffassung einzelner, auch führender Männer der CDU, können mich nicht daran hindern zu handeln. Eben hier mache ich einmal ganz deutlich von meinem demokratischen Recht Gebrauch.

Und nun kam also die Einberufung zum Volkskongreß. Wenn die Initiative hier – und das muß zugegeben werden – von der SED ausgegangen ist, so ist das allein kein Grund, den Kongreß abzulehnen; im Gegenteil wird eine Basis geschaffen, sich zusammenzufinden, ohne Unterschied der Parteien und Organisationen, der Kirchen oder einzelnen Berufsgruppen. Wenn dagegen angegangen wird, so sind das Feinde der Einheit, vor allem auch innerhalb Deutschlands – so schmerzlich es klingen mag –, man muß es offen aussprechen – Feinde Deutschlands innerhalb Deutschlands.

Vernehmen wir nicht täglich die zielsichere, sehr deutliche Sprache des sowjetischen Außenministers in London, der schon wiederholt derartige Tendenzen aufgedeckt hat? Lesen wir aber auch mit offenen Augen im Spiegelbild unserer Berliner Presse

aller Schattierungen, und niemand kann zweifeln: wir finden darin gewisse Mächtigkeitsgruppen, die an der Einheit Deutschlands überhaupt kein Interesse zu haben scheinen. Sie sind vielmehr an einem geteilten Deutschland höchst interessiert, dessen eine Hälfte dann abgeschrieben werden soll, dessen andere Hälfte aber zum Vorfeld gegen die Sowjetunion ausgebaut werden könnte, was ja nicht gerade so uneben in den Plan der antikomunistischen Propaganda hineinpaßt. Nur ein Beispiel, das schlagartig die Situation aufzeigt: Es handelt sich um die Versammlung deutscher Generale und Staboffiziere in dem Lager Allendorf, in dem man angeblich unter Leitung von General Halder die deutsche Kriegsgeschichte schreibt. In Wirklichkeit dürften dort die deutschen Kriegserfahrungen im Dienste einer fremden Macht ausgewertet werden, und die Offiziere können dabei ihrer alten militärischen Lust am soldatischen Spiel und ihrem militärischen Abenteuerlust fröhnen, das uns bereits nach 1918 und während des Hitler-Regimes in das Verderben gestürzt hat.

Zu den Feinden im Inneren gehören aber auch diejenigen, die grundsätzlich gegen jede Art von Sozialisierung der Banken und der Schlüsselindustrien eingestellt sind, weil sie auf ihre persönlichen hohen Verdienste nicht zugunsten eines verarmten Volkes verzichten wollen. In einem einheitlichen Deutschland werden wir aber zur Steuerung des Massen-Elends und zur Erneuerung unserer gesamten deutschen Wirtschaft auf diese Maßnahmen nach einheitlichen Gesichtspunkten niemals verzichten können.

Ich erinnere an die Feinde innerhalb des Großagrariertums und eines wohllebigen Besitzadels, die selbstverständlich gegen ein einheitliches Deutschland sind, weil sie nur dort leben können, wo die Bodenreform nicht durchgeführt wird, also dort, wo gegen die Potsdamer Beschlüsse auch heute, nach zwei Jahren, noch verstoßen wird.

Wir kämpfen also gegen nicht unbedeutende Feinde auch innerhalb Deutschlands, die man immer wieder anprangern muß, da sie verständlicherweise unsere Forderungen nach einem einheitlichen Deutschland auf dem Kongreß niemals unterstützen werden.

In diesem Zusammenhang gehören genauso zu den Feinden einer deutschen Einheit alle diejenigen, die die öffentliche Meinung über die Ostzone systematisch vergiften, das Gespenst einer ‚Paulus-Armee‘ in Rußland an die Wand malen, dem Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘, das es heute nicht mehr gibt, eine geheimnisvolle Bedeutung beilegen, Antifaschisten sogar offen bekämpfen, bedrohen, unterdrücken, dagegen aber PGs aller Funktionsgrade verhätscheln und aus der Ostzone geflüchtete Pg-Verbrecher in den Westzonen zu ‚verfolgten Opfern‘ stempeln.

Zu dem Tagespunkt bezüglich eines gerechten Friedens stelle ich zunächst die Frage: Droht etwa ein ungerechter Friede? Der bisherige Verlauf der Londoner Konferenz ist noch längst nicht geeignet, die dunkle Wolke zu zerstreuen, die über Deutschland sich breitet... Ganz abgesehen davon: Es gibt nur einen gerechten

Frieden oder keinen Frieden, denn ein ungerechter Frieden ist ein Diktat – in irgendeiner Form.

In der heutigen Tagespresse finden Sie Formulierungen des sowjetischen Außenministers, die die Londoner Situation schlagartig beleuchten. Er spricht von der Gefahr einer unerträglichen Erniedrigung für das deutsche Volk im Zusammenhang mit Bestimmungen, die Marshall und Bidault vorgeschlagen haben. Er sagt wörtlich: ‚Wenn in die Verfassung Deutschlands eine solche Bestimmung aufgenommen werden sollte, würde Deutschland auf ewige Zeit von anderen Ländern abhängig bleiben.‘ Er führte weiter aus: ‚Der Vorschlag Marshalls und Bidaults läuft darauf hinaus, Deutschland von der Laune der Sieger abhängig zu machen und es in eine Kolonie im Herzen Europas zu verwandeln. Die Sowjetunion wünscht jedoch ein demokratisches, friedliches Deutschland und nicht eine Kolonie der Sieger.‘ Was für schwerwiegende Gründe müssen den sowjetischen Außenminister veranlassen haben, so zu formulieren!

Das Weltgewissen regt sich, und ich könnte Ihnen bedeutende Persönlichkeiten – Männer und Frauen – in Frankreich, Amerika, England nennen, die unsere Hoffnungen und Wünsche, unsere Besorgnis um Deutschland nicht nur verstehen, sondern auch aussprechen und unseren Lösungsvorschlägen zustimmen. Zu diesen Zustimmungserklärungen außerhalb Deutschlands kommen gerade jetzt im Zusammenhang mit der Einberufung des Volkskongresses die Zustimmungserklärungen aus dem Westen und Süden Deutschlands selbst. Wir bemerken dies mit besonderer Freude; der Bann ist längst gebrochen. Zonengrenzen vermögen das Drängen des deutschen Willens nicht mehr aufzuhalten.

So wird der Volkskongreß ein Bekenntnis zu ehrlicher Völkerverständigung sowohl nach dem Westen als auch nach dem Osten. Das einfache Volk will zu dem einfachen Volk der Nachbarländer sprechen.

Hat der Kongreß Aussichten auf Erfolg? – Ja, er hat sie, gerade hier in der Ostzone. Hier in Berlin kommen die Vertreter aller Berufe unseres ganzen Volkes zusammen. Vertreter des Volkes sprechen zu dem Volke und für das Volk. Und dies kann nicht mehr überhört werden. Ich erinnere in dem Zusammenhang an die Wirkung der großen Kundgebung im Kulturbund anlässlich des einseitigen Verbots. Sicherlich ist nicht zuletzt die Tatsache, daß selbst Bevin vor dem Unterhaus über den Kulturbund gesprochen hat, eine Folge dieser machtvollen Kundgebung. Wer von unseren politischen Gegnern hätte an eine derartige Auswirkung jener Kundgebung geglaubt?

Da der Kongreß die lebendigsten und aktivsten Kräfte der deutschen Menschen versammelt, wird er zugleich ein **Ausdruck der Umwandlung einer deutschen Geisteshaltung** vergangener Jahrzehnte sein, eine Umwandlung hin zu weiterer friedliebender und friedfertiger Gesinnung und damit zur Überwindung nazistischer Ideologie und aller ihrer verderblichen Spielarten.

... die Vorgänge auf dem Gebiete der großen internationalen Politik lassen erkennen, wie eng Deutschlands Schicksal mit dem Schicksal Europas und der Welt und damit mit dem Weltfrieden verbunden ist. Gerade aber das Wissen um diese Tatsache wollen auch wir auf dem Volkskongreß bekunden. Der von uns ersehnte gerechte Frieden wird unter den Auswirkungen entgegenstehender Kräfte nur dann zustande kommen, wenn alle, die guten Willens sind, daran mitarbeiten.

Unser Volk muß überzeugt sein, daß es erfüllen kann, wozu es sich verpflichtet hat, daß es aber auch die Möglichkeit hat, sein Leben wieder gut zu gestalten. So wird es in erster Linie auch eine Frage sein, welche Männer und Frauen unser Volk zu vertreten haben; denn diese Männer und Frauen werden Vertragspartner in Vertretung des Volkes sein. Die Forderungen nach einer zentralen Deutschen Regierung als Ausdruck einer deutschen Einheitlichkeit ist nur allzu natürlich. Lassen Sie uns daher eine Resolution fassen, die das zum Ausdruck bringt, lassen Sie uns Männer und Frauen wählen, die die hohe deutsche Sache würdig und tatkräftig vertreten können. Glauben Sie mir, die Stimme eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands, die Stimme eines Deutschlands, das bereit ist, nicht nur zu sühnen, sondern das ebenso bereit ist, zum Wohle der Menschheit mit seinen besten Kräften ohne allen Dünkel, ohne Überheblichkeit in fortschrittlichem Geist zu arbeiten, dieses unser Deutschland wird in London gehört und verstanden werden!“

Die entscheidende Frage

Als ich im Plenum des Volkskongresses den Antrag auf die Bildung eines Ständigen Ausschusses einbrachte und begründete, stellte ich in Übereinstimmung mit der Haltung der übrigen Kongreßteilnehmer aus den Reihen der CDU ausdrücklich klar, daß ich nicht als Privatmann spreche oder als Vertreter der Deutschen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft, sondern eben als Mitglied der Christlich-Demokratischen Union:

„Man kann doch nicht eine Doppelstellung in der Politik haben. Es gibt nur eines: entweder ja oder nein. Und ich stelle fest: Die CDU ist hier sehr stark vertreten, man kann fast sagen, wie eine kleine Fraktion. Wenn die Mitglieder vorher gehört worden wären, dann wären sie heute vielleicht als Fraktion hier. Das ist das Entscheidende. Denn dieser Kongreß kann nur dann davon sprechen, daß er das Volk vertritt, wenn auch die CDU ganz und mit vollem Herzen dabei ist. Und, meine Damen und Herren, sie ist dabei. (Lebhafter Beifall.)

Die bisher gehaltenen Referate haben eine Fülle von Problemen aufgerollt. Aber eine Frage wurde noch nicht konkret behandelt: Wie soll es aussehen, wenn der Kongreß zu Ende geht? Wie sollen diese Probleme tatsächlich realisiert werden? Aus diesem Grunde habe ich gebeten, zur Geschäftsordnung sprechen zu

dürfen, um hier einen Antrag einzubringen, den ich bitte, in den Kommissionen zum Gegenstand ernster Besprechungen zu machen. Es handelt sich um folgendes:

Im Mittelpunkt aller unserer Arbeiten soll der Gedanke stehen: Einheit Deutschlands und gerechter Friede. Wir wissen, daß um diese Probleme sich seit zwei Jahren in Deutschland Männer aller Parteien und Richtungen ernstlich bemühen. Wir lesen davon in den verschiedensten Zeitschriften, wir hören davon in der Tagespresse, es wird in einzelnen Gruppen darüber da und dort in ganz Deutschland diskutiert.

Heute ist zum ersten Male die Möglichkeit gegeben, daß alle diese Gruppen zusammengefaßt werden, wenn sie nur guten Willens sind – wenn sie nur mitarbeiten wollen.

Dafür ist es notwendig, daß dieser Kongreß den Beschluß faßt, im Anschluß an seine Tagung ein ständiges Gremium einzusetzen, das sich nunmehr mit allen diesen Fragen dauernd beschäftigt. Diesem Gremium muß ständig ein Sekretariat zur Seite stehen, das die Fäden überallhin bis in den letzten Winkel Deutschlands spinnt und so den Kontakt mit allen Teilen des Volkes herstellt, um die Wünsche des deutschen Volkes in London konkret vertreten zu können. Mein Antrag geht also dahin, daß morgen dieses Gremium gebildet wird und daß man ihm Mittel und Wege in die Hand gibt, ein ständiges Sekretariat zur Lösung dieser Frage einzurichten.“

Der Kongreß beantwortete diesen Antrag mit starkem Beifall. Auf Vorschlag unseres späteren Präsidenten Wilhelm Pieck, wurde der Antrag der Redaktionskommission überwiesen. Als er am nächsten Tag zur Abstimmung kam, fand er die einstimmige Zustimmung des Kongresses.

So hat gerade unsere CDU Wesentliches zur Entwicklung der Volkskongreßbewegung und zur Festigung der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes beigetragen. Wir waren eben nicht als Beobachter in den Volkskongreß gekommen, sondern, aufgeschlossen für die nationalen Aufgaben, gewillt, zu unserem Teil aktiv und konstruktiv zur friedlichen Lösung der deutschen Frage beizutragen. Wir waren in der Tat alle mit dem Herzen dabei, durchdrungen von der Gewißheit, damit auch zur Verwirklichung der Grundsätze des Gründungsaufrufs vom 26. Juni 1945 beizutragen.

Friede – Fortschritt – Einheit

Zugleich waren wir uns klar über den engen Zusammenhang zwischen einer fortschrittlichen Demokratie, wie sie sich bei uns entwickelte, und der zentralen Aufgabe der Sicherung des Friedens. Es galt, die Lehren der deutschen Geschichte zu beherzigen, die es uns zur Gewißheit machten, daß mit den alten, reaktionären Gewalten ein neues Deutschland im Frieden nicht aufzubauen war.

Aus diesen Erwägungen heraus übergab ich dem Kongreß ein Exposé, das gerade auf diese Zusammenhänge einging und auf die Konsequenzen aufmerksam machte, die sich daraus ergeben mußten. „Kein Sieg des Fortschritts ohne Wiederherstellung der deutschen Einheit“, so endeten darin meine Ausführungen, „keine deutsche Einheit ohne den Sieg des Fortschritts, kein Weltfrieden ohne gerechten Frieden für Deutschland.“

Deshalb eben kann, wie es Walter Ulbricht bei der Begründung des nationalen Dokuments dargelegt hat, die Spaltung Deutschlands nur überwunden werden, wenn die Herrschaft der verantwortungslosen Großbourgeoisie, die zweimal in einem halben Jahrhundert ein einheitliches Deutschland in eine nationale Katastrophe gestürzt hat, auch in Westdeutschland beseitigt wird, wenn an ihre Stelle die wirklich nationalen Kräfte der friedliebenden westdeutschen Bevölkerung treten, die fähig sind, eine friedliche Politik der Verständigung zu entwickeln.

Ähnlich haben auch westdeutsche Wissenschaftler in Gesprächen gelegentlich anerkannt, daß der Verlauf der deutschen Geschichte seit 1871 die Verbindung des nationalen mit dem Friedensgedanken unbedingt erfordert, weil ohne diese Verbindung beide, wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft, verloren sind: die nationale Einheit und der Friede.

In Beherzigung dieser Erkenntnisse haben wir mit dem Aufbau des Sozialismus nicht nur die Lösung der sozialen Fragen in Angriff genommen, die aus dem vergangenen Jahrhundert auf uns gekommen sind, sondern leisten damit zugleich den entscheidenden Beitrag zur Lösung der nationalen Frage.

Und das eben gibt der Volkskongreßbewegung ihre große Bedeutung, sichert ihr einen bevorzugten Platz in der Geschichte der Nachkriegsentwicklung, so daß in dem „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ von ihr gesagt werden konnte:

„Diese Bewegung stützte sich auf die antifaschistisch-demokratische Ordnung in Ostdeutschland und hob den Kampf der patriotischen Kräfte auf eine höhere Stufe. Die Monopolherren und Militaristen waren nicht in der Lage, die Formierung dieser nationalen Bewegung zu verhindern... Mit der Volkskongreßbewegung, aus der später die Nationale Front des demokratischen Deutschland hervorging, schuf die SED eine breite, Millionen Menschen umfassende antiimperialistische nationale Bewegung, wie sie die deutsche Geschichte bisher nicht kannte.“ (a. a. O., S. 155.)

Landesbischof Mitzenheim: Die Kirche steht zum Volk

Unsere Mitarbeit am Volkskongreß entsprach jedoch nicht nur dem Willen der eingeschriebenen Mitglieder der CDU, sondern stimmte auch mit der Haltung der parteilich nicht gebundenen christlichen Bevölkerung überein. Wie wir aus

unserer christlichen und nationalen Verantwortung heraus die Volkskongreßbewegung unterstützten, so ließen sich auch namhafte Vertreter der Kirche von der Erkenntnis leiten, daß, wo es um den Frieden geht, christliche Menschen unter keinen Umständen abseits stehen dürfen. Sehr klar gab dieser Auffassung der thüringische Landesbischof D. Mitzenheim Ausdruck, der daran auf dem Nationalkongreß 1962 noch einmal erinnerte:

„Wenn das Anliegen des Deutschen Volkskongresses eine Parteiensache wäre, hätten wir als Männer der Kirche ihm fernbleiben müssen; denn die Kirche verbündet sich nicht einer Partei, sie unternimmt keine parteipolitischen Aktionen. Wenn wir nun der Einladung hierher gefolgt sind, so ist das ein Zeichen dafür, daß wir überzeugt sind: es handelt sich hier um die Sache des ganzen deutschen Volkes. (Lebhafte Zustimmung) Wenn in früheren Zeiten eine Stadt vom Feind eingenommen worden war, so kam es wohl vor, daß der Bürgermeister zusammen mit dem Pfarrer den Siegern entgegen ging, hinaus vor die Tore der Stadt, um um Barmherzigkeit und Menschlichkeit zu bitten. So tun wir Männer der Kirche es heute für unser ganzes deutsches Volk. (Lebhafter Beifall)

Wir können als Männer der Kirche nicht schweigen zu den beiden Punkten, die Anlaß und Anliegen des deutschen Volkskongresses sind, daß Frieden geschaffen wird, daß er bald geschaffen wird, um in der von Grund auf verwirrten Welt den Geist des Hasses und des Mißtrauens durch den Geist des Vertrauens und der Versöhnung zu überwinden. Das ist der Wunsch und der Wille der evangelischen Christen, in deren Namen die Kirche zu reden hat. Objekt und Partner eines deutschen Friedens kann nur ein einheitliches Deutschland sein. (Stürmische Zustimmung)

In den Kirchen wird in diesen Tagen auf Weisung der Kirchenleitungen der Londoner Konferenz fürbittend gedacht, und es wird um einen baldigen Frieden der Gerechtigkeit und der Versöhnung gebetet. Was die Gemeinden in ihren betenden Herzen tragen, das bezeugen wir hier vor Deutschland und vor der Welt.

Wir richten die dringende Bitte an die Welt und an die Christen in aller Welt, mit denen wir uns durch den christlichen Glauben verbunden wissen: Gebt einem einheitlichen, lebensfähigen Deutschland bald den Frieden, den es braucht, den Frieden der Gerechtigkeit und der Versöhnung, der es ihm ermöglicht, sich in ehrlicher Arbeit als Glied der Völkergemeinschaft zu bewähren. (Brausender Beifall)“

Ein weiterer namhafter kirchlicher Würdenträger, Landesbischof Hahn von der Evangelischen Kirche Sachsen, der infolge einer Erkrankung nicht persönlich an dem Kongreß teilnehmen konnte, hatte ein Grußschreiben übersandt, dessen wesentlichster Absatz lautete:

„Ich wünsche dem in diesen Tagen in Berlin zusammentretenden Volkskongreß, daß er an seinem Teil dazu beitragen möchte, daß uns ein gerechter Friede geschenkt werde, der unserem Volk die Lebensmöglichkeit gibt, die furchtbare wirtschaftliche und seelische Verwüstung der Vergangenheit heilt, unseren in aller Welt verstreuten Gefangenen die Heimkehr ermöglicht und uns über alles Trennende hinweg in positiver, aufbauender Arbeit vereint.“

Wegbahnung in die Zukunft

Was Prof. Dr. Dr. Erich Correns auf dem Nationalkongreß 1962 von der Volkskongreßbewegung insgesamt gesagt hat, daß ihre Tagungen Höhepunkte im politischen Kampf und im Leben unserer Nation bedeuten, gilt bereits in vollem Umfange vom Ersten Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden. Nach seinem Verlauf und seinen Ergebnissen hat dieser Kongreß die Richtigkeit unserer Entscheidung für die Mitarbeit in dieser großen Volksbewegung, aber auch die Dynamik, die ihr innewohnt, bestätigt.

Ich glaube sagen zu können, daß für die Haltung aller Freunde der CDU, die damals am Volkskongreß teilgenommen haben, die Worte gelten, die ich als Titel einem Aktenstück gegeben habe, in dem 32 persönliche Dokumente aus dieser Zeit enthalten sind: „Wie die CDU für die Mitarbeit in der Volkskongreßbewegung gerettet wurde!“ Das gilt vor allem aber auch für die große Gruppe von Unionsfreunden, die unmittelbar zur Vorbereitung des Kongresses in zum Teil dramatischen Aussprachen die dann für uns alle für notwendig befundene Linie für das Auftreten der CDU im Volkskongreß, entgegen der Haltung Jakob Kaisers und seiner Hintermänner, erarbeitet haben.

Während der Tagung wurde es uns zu einem beglückenden Erlebnis, daß die Zusammenarbeit von Menschen aller Weltanschauungen und aller Parteien, wie wir das bereits im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ erfahren haben, möglich, notwendig und fruchtbar ist, und das auch im Hinblick auf Gesamtdeutschland, sofern nur ein Mindestmaß von gutem Willen vorhanden ist. Gleichzeitig wurden uns in den gemeinsamen Aussprachen die Gefahren bewußt, die vom Westen her über Deutschland heraufzogen, und ebenso die Dringlichkeit unterschiedener Abwehrmaßnahmen.

So haben wir den Arbeitsstil der nationalen Bewegung, des friedlichen und demokratischen Deutschlands, geprägt, indem wir Wort und Tat verbunden und die historische Analyse mit der Absteckung des Weges aus der Spaltung in die Wiedervereinigung durch deutsche Initiative und die Aktivierung der unserem Volk innewohnenden Kräfte vereinigt haben. Deshalb wird gerade auch in dem „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ die Nationale

Front, die aus dieser Bewegung hervorgegangen ist, mehrfach anerkennend erwähnt. So heißt es dort u. a.:

„Die Nationale Front des demokratischen Deutschland wurde zur breiten Volksbewegung für die Stärkung der DDR, den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland und für die Herstellung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschlands. Sie umfaßt alle Klassen und Schichten des Volkes und entwickelte sich in der Folgezeit zur breiten sozialistischen Volksbewegung.“ (a. a. O., S. 161.)

Damals, als Westdeutschland der NATO noch nicht eingegliedert war, hätte der Weg in die nationale Einheit ohne weiteres über die Wahl einer Nationalversammlung und die Bildung einer deutschen Zentralregierung beschritten werden können, wie es der Erste Volkskongreß vorgeschlagen hat. Man hätte erwarten sollen, daß Westdeutschland, das angeblich um die Respektierung der demokratischen Grundsätze so besorgt ist, diesen Gedanken sofort aufgegriffen hätte, bemüht, ihn schnell zu realisieren.

Das geschah jedoch nicht. Und damit wurde erneut der Beweis erbracht, daß die reaktionären Kräfte in Westdeutschland, welcher Argumentation sie sich immer bedienen mögen, die nationale Einheit ihren engstirnigen Klasseninteressen unterordnen nach dem Motto: „Wenn wir nicht ganz Deutschland erobern können, dann zum Teufel mit der Nation“ (Nationales Dokument). Diese Einschätzung stimmt überein mit den Feststellungen im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, in dem es heißt:

„Die Regierung der DDR und die Nationale Front des demokratischen Deutschland unternahmen große Anstrengungen, um das Auseinanderleben der beiden deutschen Staaten zu verhindern und den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands zu ebnen. Nachdem die Sowjetunion seit 1946 wiederholt den Abschluß eines Friedensvertrages vorgeschlagen hatte, unterbreitete sie im März 1952 den Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland. Die Volkskammer der DDR appellierte an die westdeutschen Bundestagsabgeordneten, diesem den Interessen der deutschen Nation entsprechenden Vorschlag zuzustimmen und freie gesamtdeutsche Wahlen für eine Nationalversammlung durchzuführen. Wider alle nationale Vernunft lehnte die reaktionäre Adenauer-Clique dieses Angebot ab. Sie verhinderte den Abschluß eines Friedensvertrages, um ihre antinationale Politik der Aufrüstung verwirklichen und den aggressiven Drang des Imperialismus und Militarismus nach dem Osten in die Tat umsetzen zu können. Damit wurde schon 1952 deutlich, daß die Wiedervereinigung Deutschlands die Überwindung des reaktionären Regimes in den Westzonen durch die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland

selbst zur Voraussetzung hat.“ (Grundriß, a. a. O., S. 163 f.)

Repräsentant des Volkswillens

Einen weiteren positiven Beitrag für die Lösung der deutschen Frage leistete der Erste Volkskongreß mit der Bildung einer Delegation, die den Außenministern in London Vorschläge für die Lösung der deutschen Frage unterbreiten sollte.

Es war eine sehr repräsentative Delegation, die auf dem Volkskongreß zustande gekommen war. Ihr gehörten u. a. an: unser erster Volkspräsident Wilhelm Pieck, der spätere erste Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, Politiker wie Otto Nuschke und Dr. Lobedan, Dr. Külz und Eugen Schiffer, die sich bereits in den Krisenjahren der Weimarer Republik bewährt hatten, Frau Greta Kuckhoff, kirchliche Amtsträger und westdeutsche Bürger.

Im Hinblick auf diese Delegation erklärte ein Mitglied unserer CDU im Verlauf der Aussprache auf dem Volkskongreß:

„Der deutsche Volkskongreß – das ist die Stimme des ganzen deutschen Volkes, aller Parteien, Massenorganisationen, aller Schichten des Volkes.

Die Londoner Konferenz, auf deren Tagesordnung die entscheidenden Fragen der Zukunft unseres Volkes stehen, darf nicht zu Ende gehen, ohne die Stimme Deutschlands zu hören. Das liegt im Interesse ganz Deutschlands.

Den Volkskongreß zu sabotieren – das heißt den Interessen unseres Volkes zuwiderhandeln, heißt Deutschland sabotieren.

Jede Partei, jede Gewerkschaft oder gesellschaftliche Vereinigung, jeder, der Anspruch darauf erhebt, Deutschlands Leben und seine Zukunft mitzugestalten, wird die Stimme erheben, um die gesamte Heimat zu retten.“

Als die Sowjetunion den Empfang der deutschen Delegation in London beantragte, zeigte sich, daß die Außenminister der Westmächte gar nicht mit dem Willen nach London gekommen waren, endlich einen Fortschritt zur Lösung der deutschen Frage zu erzielen. Die Vertreter der Westmächte scheuten geradezu jedes ernsthafte Gespräch, vor allem aber jede Bindung, weil sie nur noch darauf aus waren, Zeit für die Bildung eines westdeutschen Separatstaates zu gewinnen. Dementsprechend lehnten sie es rundweg ab, die deutsche Delegation auch nur anzuhören. Aber gerade das hätte dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit über den Ernst seiner Situation die Augen öffnen müssen. Nunmehr war es erst recht notwendig, die Bestrebungen, die zum Ersten Volkskongreß geführt hatten, weiterzuentwickeln, sie lebendig zu erhalten, um die neu mobilisierten Kräfte auch für die spätere Zeit nutzbar zu machen.

In erster Linie zuständig sind wir selbst!

Bereits als ich das erstmal mit meinen Freunden und Mitarbeitern die Teilnahme am Volkskongreß erörterte, stellte ich fest, daß zwei Gedanken bestimmend sein müssen: das gesamt-nationale Anliegen und die Fortführung der Arbeiten nach der Beendigung des Kongresses.

Mir war klar, daß es mit einer einmaligen Kundgebung, auch wenn sie noch so machtvoll gestaltet wurde, nicht getan sein konnte, hatten doch die bereits voraufgegangenen Versuche, eine gesamtdeutsche Vertretung zu schaffen, zur Genüge bewiesen, wie zerrissen, wie uneinheitlich, ja wie beschämend undeutsch da und dort gedacht wurde. Hatte es sich weiterhin doch gezeigt, wie der Begriff eines geeinten Deutschlands in manchen Köpfen gar nicht mehr ernst genommen wurde, und das nicht zuletzt deshalb, weil man diesen Begriff – geschweige denn die Tatsachen – eines wirklich geeinten Deutschlands in gewissen Kreisen gar nicht mehr wünschte. So mußte die ganze Kraft aufgeboten werden, um aufklärend zu wirken, um Klarheit zu schaffen und alle aufrechten Deutschen zu sammeln. Dafür bildete der Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden den Auftakt.

In diesem Zusammenhang stand für mich von vornherein fest: Aus dem Kongreß muß eine Dauerinstitution hervorgehen, die den Willen unseres Volkes so lange zum Ausdruck bringt, bis das Ziel erreicht ist. Darüber hinaus solle diese Institution wie ein Magnet alles an sich ziehen, was den Frieden und die Erhaltung der nationalen Einheit will, gleichgültig, ob es sich hier um Einzelpersonen oder um Organisationen handelte.

Ich habe dann kurz vor dem Beginn des Volkskongresses den bereits erwähnten Entwurf für den Ständigen Ausschuß und für die Aufgaben eines Ständigen Sekretariats ausgearbeitet und beide Anträge noch am ersten Kongreßtag eingebracht, nachdem ich erkannt hatte, wie wichtig es war, die vielen Anregungen, Wünsche und Bitten der Kongreßteilnehmer nutzbar zu machen.

Mit dem Ausklang der Londoner Konferenz, also der Ablehnung eines Empfangs der deutschen Delegation und der Weigerung der Westmächte, den deutschen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, hatte der Ständige Ausschuß an Bedeutung noch gewonnen. Wie die Dinge lagen, konnte die Initiative, dem Willen des deutschen Volkes Gehör zu verschaffen, nunmehr nur noch vom deutschen Volk selbst ausgehen. „Machen wir daher“, so rief ich meinen Freunden zu, „den Ständigen Ausschuß zu dem, was notwendig ist, scheuen wir keine Mühe, auch darin nicht, West- und Süddeutschland

zu gewinnen und sie mit in unsere Arbeit einzubeziehen! Letzten Endes habe ich mich bei meinem Vorschlag von dem Gedanken leiten lassen, daß wir Deutschland als Ganzes nur einmal verlieren können, und daß es entweder einen gerechten Frieden oder gar keinen Frieden geben wird.“

In offener Opposition gegen die Reaktion

So hat der erhebende Verlauf des Ersten Volkskongresses uns in dem Entschluß bestärkt, weiterhin aktiv für die Lösung der deutschen Frage zu wirken, und das insbesondere in der eigenen Partei. Wir standen vor der Tatsache, daß bisher jeder Vorschlag für konstruktive Lösungen aus dem Gebiet der heutigen DDR am Widerstand der reaktionären Führungskräfte in Westdeutschland gescheitert war, ohne daß diese Kreise bereit waren, durch eigene Vorschläge zu zeigen, wie denn ihrer Meinung nach Fortschritte erzielt werden könnten.

Angesichts dieser Passivität, die am Vorabend der Londoner Konferenz mit ihrem Anschlag gegen die nationale Einheit geradezu ein politisches Verbrechen bedeutete, wurde die kräftige Entfaltung der Volkskongreßbewegung eine Notwendigkeit für ganz Deutschland. Endlich hatten wir mit dem Volkskongreß ein Instrument in die Hand bekommen, mit dem wir kraftvoll den Willen der Nation geltend machen konnten, und zwar sowohl gegen die Spalter in den westdeutschen Behörden als auch gegen die Reaktionäre innerhalb unserer früheren Parteiführung.

Auch jetzt noch verharrte der Kreis um Jakob Kaiser in völliger Negation. Man gab zu – wie bereits erwähnt –, daß man sich hinsichtlich der Kraft und der Breite dieser Bewegung geirrt habe; nur fühlte man sich dadurch nicht im geringsten verpflichtet, die eigene falsche Haltung wenigstens zu korrigieren. Im Gegenteil, auch jetzt noch sollte der Partei das alte, untaugliche Konzept aufgezwungen werden.

Im Anschluß an den Volkskongreß bildeten die Teilnehmer aus der CDU anläßlich einer in Eile und mit Umsicht vorbereiteten Zusammenkunft in dem erhaltengeliebten Gebäudeteil des Hotels Adlon in Berlin eine Delegation, die die Aufgabe hatte, den Parteivorstand über den Verlauf des Kongresses und die Notwendigkeit einer Fortführung und Verbreiterung seiner Arbeit zu informieren. Der Brief, mit dem wir den Parteivorstand darüber unterrichteten, wurde uns zwar als eingegangen bestätigt, nur zeigte man sich nicht bereit, die Delegation auch zu empfangen. Die Gegner der Volkskongreßbewegung um Jakob Kaiser wollten nicht diskutieren, Rede und Antwort stehen, sie wollten sich mit der überwiegenden Mehrheit der Partei nicht auseinandersetzen, sondern sie verlangten einfach die Kapitulation, wie denn auch Kaisers Alternative „Ich oder der Volkskongreß“ fatal an Hitlers „Führer“tum erinnerte.

Wie sehr jedoch der Gedanke der Volkskongreßbewegung Zustimmung gefunden hatte, wie er die Gemüter bewegte und im In- und Ausland als eine vorwärtsführende deutsche Initiative begrüßt wurde, zeigten die Meldungen in den Zeitungen und eine Botschaft, die Mitglieder des englischen Unterhauses nach Berlin gerichtet hatten. Darin hieß es:

„Für die Sicherung eines dauernden Friedens ist es notwendig, daß die Meinung der wirklichen deutschen Demokraten von den alliierten Regierungen gehört wird. Wir begrüßen daher alle Anstrengungen, die in Deutschland gemacht werden, um eine einheitliche Vertretung aller demokratischen Kräfte Deutschlands zu organisieren, eine Vertretung, die imstande ist, der Meinung der deutschen Demokraten über die Zukunft ihres Landes Ausdruck zu geben. Wir senden unsere herzlichsten Grüße an den Kongreß und wünschen ihm vollen Erfolg.“

Zu den Unterzeichnern der Botschaft gehörten die Abgeordneten P. L. Austin, Braddock, Harold Davies, Tom Driberg, Somerville, Hastings, John Mack, John Platts-Mills, Julius Silverman, Charles Smith, Elli Smith, der ehemalige Unterstaatssekretär im Handelsministerium, Leslie Solley, Stanley Tiffany und Konny Zilliacus.

Die Entscheidung des Volkskongresses, eine Botschaft nach London zu entsenden, beschäftigte sofort nach dem Bekanntwerden dieses Beschlusses die Außenminister der drei westlichen Mächte, Marshall, Bevin und Bidault, in einer Geheimkonferenz.

Über die Haltung der CDU veröffentlichte ADN eine längere Meldung, die von den Zeitungen am 13. Dezember 1947 veröffentlicht worden ist und in der es hieß:

„Vizepräsident Steidle erklärte in einem Interview, der Vorstandsbeschuß der CDU, die Teilnahme der Partei am Deutschen Volkskongreß abzulehnen, aber den Mitgliedern eine Beteiligung freizustellen, habe viele Mitglieder der CDU, die von Organisationen und Betrieben als Delegierte gewählt wurden, in Gewissenskonflikte gebracht. Selbstverständlich hätten Mitglieder der CDU auch als Vertreter ihrer Partei auf Grund ihrer politischen Interessen am Kongreß teilgenommen, so zum Beispiel Lobedanz, Nuschke, vom Vorstand, und viele andere.

Sein Entschluß für den Volkskongreß, erklärte Steidle, sei noch vor der Entscheidung des Gesamtvorstandes erfolgt, da alle vorausgegangenen Versuche, eine deutsche Vertretung zu schaffen, gescheitert waren, insbesondere auch der Versuch anläßlich der letzten Sitzung des Antifa-Ausschusses.

Nach wie vor stehe er, so betonte Steidle, auf dem Standpunkt, daß die deutsche Sache höher stehe als irgendwelche parteipolitischen Interessen. Er habe sich durchaus nicht irgendwie

gebunden gefühlt, sondern nur als Demokrat gehandelt. Kaisers Erklärungen zum Volkskongreß seien ihm noch immer unverständlich. In weiten Kreisen der CDU herrsche der Eindruck, daß die vor der Sitzung des Antifa-Ausschusses stattgefundenen Besprechungen Jakob Kaisers mit Dr. Josef Müller und Pritt-witz-Gaffron irgendeinen Einfluß auf den Vorsitzenden gehabt hätten. Darüber hinaus seien aber auch noch andere, tiefergehende Gründe vorhanden.

Steidle stellte weiter fest, daß er überraschend von den Zentralverwaltungen als Delegierter zum Volkskongreß gewählt worden sei. Da er dort festgestellt habe, daß auch die CDU stark vertreten sei, wäre – in Übereinstimmung mit Nuschke – ein Treffen aller CDU-Delegierten im Anschluß an den Kongreß vereinbart worden, um dort zu erwägen, welche Maßnahmen zur Abwandlung des Vorstandsbeschlusses getroffen werden müßten. Mit überwiegender Mehrheit sei der Vorstandsbeschuß nicht gebilligt worden und eine absolute Abwandlung verlangt und seine – Steidles – Ansicht bestätigt worden. Der Vorstand der CDU sei über die Ansichten der CDU-Delegation zum Volkskongreß auf Grund der neuen Situation nach der Kongreßtagung unterrichtet worden. In der nächsten Vorstandssitzung werde darüber diskutiert werden.

Vizepräsident Steidle schloß mit dem Hinweis, daß zahlreiche Zustimmungserklärungen aus ganz Deutschland vorliegen, die eine Beteiligung der gesamten CDU an den Beschlüssen des Deutschen Volkskongresses als das einzig richtige bezeichnen.“

Auch die „Neue Zeit“ schloß sich der Kritik in der Haltung reaktionärer Vorstandsmitglieder um Jakob Kaiser an und gab in einem am 21. Dezember 1947 veröffentlichten Artikel ihrem Bedauern darüber Ausdruck,

„daß ein Teil der Unionsfreunde geglaubt hat, der Sache durch völlig tendenziöse Informationen und Falschmeldungen nützen zu können. Das Gegenteil ist eingetreten.

Tatsache ist, daß die Politik aller Landesverbände der Zone in der Frage des Deutschen Volkskongresses von der einiger führender Vorstandsmitglieder abweicht. Alle Landesverbände haben sich in ihren Ländern in die Landeskongresse eingegliedert, und ihre offiziellen Vertreter haben im Sinne der vaterländischen Ziele des Volkskongresses Stellung genommen. Das ist in Wahrheit auch bei den Besprechungen der Landesverbandsvorsitzenden zum Ausdruck gekommen. Darüber hinaus haben einzelne Landesverbände auch offiziell Stellung gegen die bisherige Parteiführung genommen ...

Es ist tief zu beklagen, daß man in dieser Zeit der ungeheuren Gefahren für die Einheit Deutschlands nach dem Scheitern der Londoner Konferenz in gewissen Kreisen der Union nicht verstehen will, daß es heute nicht mehr um Personen, sondern um Deutschland geht. Wir haben aber das feste Zutrauen zu den

Frauen und Männern, die im Lande die Träger der Unionsarbeit sind, daß sie sich das richtige Augenmaß bewahrt haben, das man leider in Berlin oft schmerzlich vermissen mußte.“

Auch in den Tagungen des Parteivorstandes, die dem Volkskongreß folgten, blieb Jakob Kaiser unentwegt bei seinem Nein, obwohl angesichts der Vorgänge in London damit fortan die Zustimmung zur Einbeziehung Westdeutschlands in die westliche Allianzpolitik verbunden war, also die Entscheidung für eine neue Kriegspolitik. Wieder einmal mußte sich so das deutsche Volk an den Beispielen der Clique um Jakob Kaiser davon überzeugen, daß von reaktionären Kräften weder Einsicht noch eine freiwillige Korrektur einer falschen Entscheidung zu erwarten ist. — Und das macht diese internen Auseinandersetzungen auch lehrreich für den politischen Kampf, den wir gegenwärtig führen.

Gescheiterte Diffamierungsversuche

Den besonderen Haß der reaktionären Kräfte hatte ich mir durch meine aktive Haltung im Volkskongreß und durch meine Mitwirkung in der Fortentwicklung dieser Bewegung zugezogen. „Wer“, so fragte Jakob Kaiser in einer Vorstandssitzung, „gab Luitpold Steidle das Recht, so zu sprechen, wie er es im Volkskongreß getan hat?“

Als hätte er diese Frage sich nicht bereits selbst beantwortet können! Denn das Recht dazu ergab sich aus der nationalen Not unseres Volkes, dem von der Londoner Konferenz her die Vertiefung der Spaltung drohte, die Verwicklung in neue kriegerische Abenteuer, die Verstrickung in eine Neuaufgabe der Politik der Stärke, die ausgerechnet jene Macht, die als einzige entschieden und ehrlich für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands eintrat, die Sowjetunion, als „Todfeind“ des deutschen Volkes diffamieren wollte.

Außerdem aber zeigten wir durch unsere Haltung auf dem Ersten Volkskongreß, daß es uns mit der Verpflichtung aus dem Evangelium, Friedensstifter zu sein, ernst war.

In den Bemühungen, die Teilnehmer am Volkskongreß zu diffamieren, sie in ihrer politischen Arbeit lahmzulegen und zu isolieren, betrieb Dr. Schreiber, der damalige Vorsitzende des Landesverbandes Berlin, meinen Ausschluß aus der Partei. Am 22. Dezember 1947 teilte er mir mit, daß er gegen mich den Vorwurf des parteischädigenden Verhaltens erhebe. Typisch für die Anmaßung dieser Kreise war, daß Dr. Schreiber zwar ganz allgemein sagte:

„Das parteischädigende Verhalten wird in Ausführungen erblickt, die Sie auf nichtparteilichen Veranstaltungen gemacht haben, die eine Herabsetzung der Union bedeuten und das Ansehen der Partei schädigen“.

es jedoch unterließ, konkret anzugeben, welche „nichtparteilichen Veranstaltungen“ er im Auge hatte und welche Ausführungen so sehr sein Mißfallen erregt haben. Denn dann hätte er offen bekennen müssen, daß ein Einsatz für die nationale Einheit und den gerechten Frieden seiner Meinung nach — parteigefährdend war. Eine Logik, die natürlich an dem gesunden Menschenverstand eines jeden abprallen mußte.

Im übrigen ließ dieser Brief wiederum erkennen, eine wie tiefe Kluft sich zwischen den reaktionären Kräften in der damaligen Parteispitze und der Partei in ihrer Gesamtheit inzwischen aufgetan hatte. Denn in unseren Ortsgruppen wurde niemandem von uns, die aus dem Bewußtsein ihrer Verantwortung heraus am Ersten Volkskongreß mitgewirkt hatten, irgendein Vorwurf gemacht. Im Gegenteil, unsere Haltung wurde gebilligt, und so versäumte auch meine Ortsgruppe Hohenschönhausen nicht, ihrem Befremden über das Vorgehen Dr. Schreibers Ausdruck zu geben.

Die fortschrittlichen Kräfte setzen sich durch

Damit war es an der Zeit, diesem Landesverbandsvorsitzenden mit aller Deutlichkeit bewußt zu machen, daß nicht er berufen ist, den Richter zu spielen, sondern im Gegenteil Antwort zu geben hat, und zwar auf die Frage, wie er seine Politik fernerhin mit dem Willen der Parteimitglieder in Einklang zu bringen gedachte.

Dieser Widerstand gegen die kleine Gruppe reaktionärer Führer, der sich an der Jahreswende 1947/48 herausbildete, führte schließlich zu jener Klärung, die 1948 mit dem weiteren Vordringen der fortschrittlichen Kräfte in der Partei fortgeführt wurde und der Wahl Otto Nuschkes zum Vorsitzenden der Partei auf dem Parteitag in Erfurt ihren vorläufigen erfolgreichen Abschluß fand.

Als ein Beispiel für die Auseinandersetzungen, die sich damals in allen Landesverbänden abspielten, seien nachstehend einige Absätze aus meiner am 13. Januar 1948 erfolgten Antwort auf den so oberflächlichen Brief Dr. Schreibers angeführt:

„Nachdem der Parteivorstand der CDU in seiner bekanntesten Entscheidung den einzelnen CDU-Mitgliedern die Teilnahme am Deutschen Volkskongreß freigestellt hatte, war damit den am Volkskongreß teilnehmenden Mitgliedern auch das Recht eingeräumt, ihre persönliche Meinung zu äußern und entsprechende Anträge zur Tagesordnung einzubringen. Von diesem Recht habe ich Gebrauch gemacht. Ich habe damit in Einklang mit den Richtlinien des Parteivorstandes gehalten.

Die seitherige Entwicklung dürfte meinem von Anfang an vertretenen Standpunkt, daß die CDU als solche am Deutschen Volkskongreß hätte teilnehmen müssen, in jeder Beziehung Recht gegeben haben. In den unzähligen Resolutionen, die dem

Deutschen Volkskongreß von einzelnen Gemeinden und Betrieben zugegangen sind, haben Tausende von CDU-Mitgliedern durch ihre Unterschriften vor der Öffentlichkeit bekundet, daß die CDU-Mitglieder im Gegensatz zu der unentschlossenen und offenbar durch andere Rücksichten bestimmten Haltung einzelner Kreise der Parteibürokratie sich von dem Kampf für Einheit und gerechten Frieden nicht ausschließen, vielmehr in diesen Kampf ihr christlich-demokratisches Gedankengut mit hineinbringen wollen. Daher vermag ich die Vorwürfe nicht anzuerkennen.

Nachdem weite Kreise auch des Landesverbandes Berlin diesen meinen Standpunkt teilen, muß ich die Frage stellen, inwieweit das Gremium, das meinen Ausschluß betreibt, hierzu formal und sachlich berechtigt ist. Ich erblicke im Gegenteil in dieser Mißachtung der Auffassung weiter Mitgliedskreise auch des Landesverbandes Berlin ein parteischädigendes Verhalten und fühle mich als Mitglied des Landesverbandes Berlin verpflichtet, auf die Konsequenzen des Gewissenkonfliktes, in den damit viele CDU-Mitglieder gestürzt werden, im Interesse der Union mit allem Nachdruck und ernster Sorge hinzuweisen.“

IV. Das Echo in Westdeutschland

Bayern greift den Kongreßgedanken auf

Während sich die Volkskongreßbewegung in unserer heutigen DDR, vom Volke gewollt und getragen, kräftig entfaltete, während auch in der westdeutschen Bevölkerung die Forderung nach der Wiederherstellung der nationalen Einheit und dem Abschluß eines gerechten Friedens Zustimmung fand, bereiteten die amtlichen westdeutschen Stellen im Einvernehmen mit den Militärgouverneuren der Bewegung die größten Hindernisse. In welchem Maße das geschah, zeigte sich, als — nach dem verheißungsvollen Auftakt in Berlin — in Bayern der Versuch unternommen wurde, den Gedanken des Volkskongresses weiterzuentwickeln und ihn auch im Süden des gemeinsamen Vaterlandes zu realisieren.

Auf der einen Seite entschlossene und selbständige Persönlichkeiten, die die deutsche Einheit als eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Befriedung der Welt ansahen und die daher — unabhängig von ihrer Weltanschauung oder ihrer parteipolitischen Bindung — das Einigende über das Trennende stellte, — auf der anderen Seite eine sichtlich wohlorganisierte Front von Personen, die sich nicht scheuten, unter Preisgabe des Gedankens der nationalen Einheit systematisch die Vergiftung der öffentlichen Meinung zu betreiben, indem sie mit einer lärmenden Agitation den Volkskongreß als eine „kommunistische Angelegenheit“ hinstellen wollten. Es waren das dieselben Kräfte, die jedem, der die für Deutschland so notwendige Aussöhnung auch mit den Völkern des Ostens erstrebte, die nationale Zuverlässigkeit abzusprechen versuchten!

Die Mehrheit der bayrischen Bevölkerung stand jedoch nicht bei diesen Saboteuren, sondern sie ging mit denen, die für die nationale Einheit und für den Frieden wirkten. Sie teilte von ganzem Herzen die Parole, die da lautete:

„Ein geeintes Deutschland im Zeichen des gerechten Friedens sichert nicht nur den europäischen Frieden, sondern den Weltfrieden. Ein gespaltenes Deutschland droht dagegen zum Ausgangspunkt gigantischer Auseinandersetzungen zu werden, unter denen Deutschland unweigerlich zerrieben wird.“

Der Kampf für den Volkskongreß in Bayern wurde am 4. Januar 1948 mit einer Initiativsitzung in München eröffnet, zu der 30 Persönlichkeiten des kulturellen und öffentlichen Lebens eingeladen waren. Den Vorsitz dieser Sitzung führte Geheimrat Prof. Karl Voßler (parteilos). Die Diskussion ergab die grundsätzliche Übereinstimmung über die Einberufung eines Deutschen Volkskongresses in Bayern zu einem möglichst frühen Zeitpunkt. Eine sechsköpfige Redaktionskommission, der Mitglieder der FDP, der SPD, der KPD, des Bundes christlicher Sozialisten sowie Parteilose angehörten, formulierte einen Aufruf, in dem es hieß:

„Wir appellieren an alle Deutschen in Bayern, besonders aber an die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft, alle kleinlichen Privatinteressen zurückzustellen und an die Spitze einer Volksbewegung zu treten, die Deutschlands Einheit und einen gerechten Frieden fordert.“

Not und Elend Deutschlands können nicht durch Einzelmaßnahmen auf kleinstaatlicher Basis beseitigt werden. Die Wirtschaft in den einzelnen Zonen ist allein ohne fremde Hilfe nicht lebensfähig. Nur wenn die Zonengrenzen fallen, kann es jemals wieder eine deutsche Wirtschaft geben. Die wirtschaftliche Einheit aber ist ohne die politische Einheit nicht möglich.“

Jetzt aber gilt es, keinen Tag zu verlieren, um den Willen des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit kundzutun. Das deutsche Volk aber will leben — und daher will es die Einheit und will den Frieden! Wir fordern, daß die Entscheidung über sein Schicksal in die Hände des deutschen Volkes gelegt und eine Volksabstimmung darüber abgehalten wird, ob Deutschland als Ganzes bestehen bleibt oder in Stücke geschlagen werden soll. Das Ergebnis dieser Volksabstimmung wird das spontane Bekenntnis zur deutschen Einheit sein.“

Das war eine klare nationale Zielsetzung, die dem Willen unseres ganzen Volkes Ausdruck gab. Hier ging es nicht um Sonderinteressen einzelner Parteien, sondern um das, was uns alle anging, was uns alle einte. Und darum konnte, wie es die Verfasser des Aufrufs getan haben, im voraus festgestellt werden, wie die Volksabstimmung ausfallen werde, nämlich

mit dem Bekenntnis zum Frieden und zur deutschen Einheit. Wer das nicht wahrhaben wollte, hätte nur den Dingen ihren Lauf zu lassen brauchen. Aber gerade vor dieser Probe aufs Exempel scheuten die Gegner des Kongreßgedankens zurück.

Herr von Knoeringen provoziert

Wie in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Jakob Kaiser, so war es in Bayern ein Sozialdemokrat, Herr von Knoeringen, der besonders eifrig gegen die Volkskongreßbewegung agitierte. Als Vorsitzender der bayrischen SPD verbot er kurzerhand über den Rundfunk allen Mitgliedern seiner Partei die Teilnahme am Volkskongreß. Von ihm sagte Walter Ulbricht in seiner Rede auf der Nationalratstagung am 25. März 1962:

„Der wegen seines sturen Antikommunismus bekannte sozialdemokratische Politiker Herr von Knoeringen zerbricht sich seit einiger Zeit – und das auch in Rundfunkvorträgen – den Kopf darüber, wie die westdeutsche Bundesrepublik von den nach seiner Ansicht höchst gefährlichen Einflüssen aus der sozialistischen DDR abgeschirmt werden könne.“

Und das, die „Abschirmung“ Bayerns vor nationalen und sozialen Gedanken, betrieb Waldemar von Knoeringen eben auch schon vor 15 Jahren. So hat er es sich also selbst zuzuschreiben, wenn er neuerdings Klage darüber führen muß, daß „die Arbeiter in Westdeutschland keinen gerechten Anteil an den Werten erhalten, die sie durch ihre Arbeit schaffen“. Denn gerade er und seinesgleichen haben durch ihre Hilfe für die westdeutsche Großbourgeoisie die alten Gewalten neu gestärkt und der Arbeiterschaft die Wahrung ihrer Rechte so überaus erschwert.

Aber auch in Bayern nahmen die einfachen Parteimitglieder der SED unverzüglich den Kampf gegen die reaktionäre Parteibürokratie auf. Mutig legten die sozialdemokratisch organisierten Anhänger der Kongreßbewegung in den Parteieinheiten die Notwendigkeit einer deutschen Initiative in deutscher Sache dar, wobei sie viele ihrer Freunde von der Richtigkeit einer solchen Haltung überzeugen konnten. So sprach z. B. eine SPD-Versammlung, an der 1200 Personen teilgenommen hatten, dem Anhänger der Volkskongreßbewegung fast einstimmig das Vertrauen aus. Eine andere Versammlung wählte einen Befürworter des Volkskongresses in offenem Protest gegen den Parteivorsitzenden zum Delegierten für den nächsten Kreisparteitag.

USA-Militärregierung verbietet

Diese hoffnungsvolle Entwicklung veranlaßte dann die amerikanische Militärregierung zur offenen Einmischung. Die Militärregierung ließ Mitglieder der vorbereitenden Ausschüsse verhaften und vorladen, setzte sie unter Druck und

verlangte von ihnen die Abgabe einer Erklärung, durch die „bestätigt“ werden sollte, daß die Volkskongreßbewegung eine kommunistische Angelegenheit sei.

Es waren damals genau drei Jahre vergangen, seitdem mit der Kapitulation des „Dritten Reiches“ der Antikommunismus der Faschisten, der den deutschen Namen durch ungeheuerliche Verbrechen so befleckt hatte, durch die weltumfassende Front der Antihitlerkoalition in einem heroischen Kampf niedergungen war. Und nun konnte in dem von den westlichen Teilnehmern der Antihitlerkoalition beherrschten Teilen Deutschlands der Antikommunismus erneut frech sein Haupt erheben, gefördert von der amerikanischen Militärregierung!

Trotz der Sabotage durch die westdeutschen Parteiführungen und die amerikanische Militärregierung wurden die Vorbereitungen für den Volkskongreß in München mit aller Energie fortgeführt. Es ergingen Einladungen an repräsentative Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Aus unserem Raum wurden u. a. Otto Grotewohl und ich eingeladen.

Als kein Zweifel mehr bestehen konnte, daß der Volkskongreß in München sich zu einer großen nationalen Kundgebung gestalten werde, wurde der Kongreß von der amerikanischen Militärregierung verboten und der Vorbereitende Ausschuß zur Einstellung seiner Arbeit gezwungen. Als letzte Amtshandlung übersandte danach der Vorbereitende Landesauschuß folgendes Protesttelegramm an die USA-Militärregierung:

„Der Vorbereitende Landesauschuß für einen Deutschen Volkskongreß in Bayern hat sich in seiner Sitzung vom 26. Januar 1948 auf Grund der Benachrichtigung der Militärregierung an den Vertreter der KPD im Ausschuß und der Presseverlautbarungen aufgelöst. In Überprüfung der Zusammensetzung und Tätigkeit des Vorbereitenden Ausschusses müssen wir abschließend folgendes feststellen:

Die Arbeit des Ausschusses war streng auf die Vorbereitung eines überparteilichen Volkskongresses in Bayern ausgerichtet. Wir glauben daher, daß die Stellungnahme der Militärregierung auf Grund irreführender Informationen durch deutsche Instanzen und die deutsche Presse zustande gekommen ist. Weder eine unmittelbare Rücksprache noch eine Überprüfung der selbständigen Lizenzierungsbestrebungen des Vorbereitenden Ausschusses sind vorgenommen worden. Wir müssen feststellen, daß hiermit von der Militärregierung einseitig eine deutsche Initiative unterbunden worden ist.“

Der in diesem Telegramm enthaltene Hinweis auf das Zusammenspiel zwischen der amerikanischen Militärregierung und den reaktionären Leitungen der bürgerlichen Parteien und der SPD enthüllt ein Charakteristikum der westdeutschen Situation, das uns auch in den späteren Jahren immer wieder

erschreckend vor Augen getreten ist. Es ist der nationaleerrat, betrieben mit falschen Informationen, böswilligen Verdächtigungen, handfesten Entstellungen, voreiligen Schlussfolgerungen und diktatorischen Entscheidungen gegen den Volkswillen.

Eine neue Tragödie mit alter Besetzung

Nicht um Deutschland ging es den Amerikanern, sondern um den Mißbrauch Deutschlands als Operationsbasis für einen neuen Weltkrieg und als Rekrutierungsgebiet für den verlorenen Haufen, der Bresche reißen soll. Die deutschen Handlanger der Amerikaner aber dachten ebenfalls nicht an Deutschland, denn nicht die nationalen Interessen bestimmten ihr Verhalten, sondern das Klasseninteresse, die Sorge um den ungeschmälernten Profit. Die reaktionäre Parteiführung der SPD wiederum praktizierte den gleichen Antikommunismus, aus dem heraus sie 1919 die deutsche Revolution blutig niederschlagen ließ.

So waren bei der Unterdrückung der Volkskongreßbewegung in Bayern alle jene antinationalen Kräfte wiederum einträchtig beisammen, die schon so oft Unglück über Deutschland gebracht hatten. Damit erweist sich am Beispiel der Volkskongreßbewegung in Bayern ein weiteres Mal die Richtigkeit der Feststellung im nationalen Dokument:

„In Westdeutschland dagegen nahm eine neue Tragödie ihren Anfang. Unter der Schutzherrschaft der imperialistischen Westmächte – besonders der USA-Monopole – wurde in Verleugnung des von ihnen mitbeschlossenen Potsdamer Abkommens die Herrschaft der deutschen Großbourgeoisie und ihrer Hitlergenerale restauriert. Wie schon 1918, leistete die rechte Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften dieser Restauration entscheidende Hilfsdienste.“

Aufgabe und Pflicht der Nation

Wenn wir heute, 15 Jahre später, auf die Auseinandersetzungen in Bayern zurückblicken, wird uns so recht bewußt, was damals in Westdeutschland versäumt worden ist. Damals schon machten sich alle die Elemente geltend, die später die Entwicklung in der Bundesrepublik so unheilvoll beeinflusst und heute eine Demokratie im Notstand erzeugt haben.

Damals schon wurden die Gefahren sichtbar, die sich aus der in Westdeutschland so verbreiteten Lethargie, aus der Gleichgültigkeit gegenüber den nationalen Anliegen, aus dem trotz der Erfahrungen unter Hitler so schwachentwickelten Verantwortungsbewußtsein ergeben mußten. Viele Bürger wollten einfach „ihre Ruhe haben“ und vergaßen dabei, daß sie dann zunächst einmal alle Energie daransetzen mußten,

sich politische Unruhestifter vom Halse zu halten. Selbstgefällig begnügte man sich damit, alle vier Jahre einen Stimmzettel abzugeben, und nach der Wahl mit der Enttäuschung darüber, daß so oft die Dinge anders liegen, als die Wähler es sich gedacht hatten.

Schon damals hatten andererseits auch weite Kreise innerhalb des westdeutschen Bürgertums begriffen, daß die Schaffung eines einigen Deutschlands und die Erhaltung des Friedens Hand in Hand gehen müssen, daß die deutsche Einheit und die Erhaltung des Friedens, also die Ziele des Volkskongresses, im Interesse des deutschen Volkes und damit jedes einzelnen lagen. So setzte denn die Bewegung für den Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden auch in Westdeutschland machtvoll ein und griff um sich, bis sie am Widerstand der amerikanischen Militärregierung scheiterte.

Die antikommunistischen Affekte, von der westdeutschen Großbourgeoisie kräftig geschürt, größtenteils mit Hilfe der gleichen Personen, die das bereits unter Hitler betrieben hatten, gewannen zunehmend Einfluß, so daß die politische Aktivität der in Westdeutschland maßgeblichen Kreise sich schließlich gegen das Volksinteresse richtete. Bereitwillig wurde in Gesprächen anerkannt, daß der Gedanke der Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden „eine ausgezeichnete Sache“ sei; nur ließ man es dabei bewenden, ohne durch die Entwicklung einer kraftvollen Initiative dieser Sache nun auch zum Erfolg zu verhelfen. „Da stecken die Kommunisten dahinter“, war das Argument für viele, um sich sofort zu distanzieren, „gleichsam, als ob es für einen anständigen Menschen unmöglich wäre, dasselbe wie die Kommunisten zu wollen“, hieß es damals in einem bürgerlichen Augsburgener Blatt. Und so ging die Bundesrepublik unaufhaltsam Schritt für Schritt den Weg in die föderalistischen und separatistischen Anachronismen.

Die Aufdeckung der Ursachen der Fehlentwicklung in Westdeutschland muß mit der Bereitschaft verbunden werden, diese Ursachen, deren Konsequenzen heute jedermann sichtbar sind, nunmehr zu beseitigen. Wer die Dinge vorurteilslos prüft, muß anerkennen, daß der Kampf für den Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden eine gesamtdeutsche Notwendigkeit war, daß dieser Kampf hervorgegangen ist aus der Lebendigkeit des nationalen Gewissens, daß der Weg, der mit der Hinwendung zum Volkskongreß beschriften wurde, weiterverfolgt werden muß, bis endlich auch in Westdeutschland der Wille des Volkes zum Durchbruch gelangt. Die Aufgabe und Pflicht der deutschen Nation, die Einheit auf demokratische Weise wiederherzustellen und den Frieden zu erhalten, wird nicht dadurch gegenstandslos, daß sich ihr unter anderem Teile der Großbourgeoisie versagen.

V. Erkenntnisse in Taten umsetzen

Abschließend kann gesagt werden, daß damals, in einer für unser ganzes Volk bedeutsamen Phase seiner Geschichte, auch viele Christen ihre nationale Aufgabe richtig erkannt und danach gehandelt haben. Mit ihrer Entscheidung für den Volkskongreß haben sie und alle, die den Reihen des Bürgertums entstammen, endlich die Scheuklappen abgelegt. Sie gaben sich Rechenschaft über die Ursachen des Versagens der Bourgeoisie in der nationalen und der sozialen Frage und bekannten sich zugleich zur Zusammenarbeit mit den neuen Kräften, die unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse im Wege einer konstruktiven Politik die Grundvoraussetzungen für die nationale Einheit und für den dauerhaften Frieden geschaffen haben.

So formierten sich im Herbst 1947 in Deutschland die Fronten, die noch heute fortbestehen. Wenn sich im Laufe der seitherigen Auseinandersetzungen die Waage mehr und mehr zugunsten des Friedens neigt, dann hat gerade auch unsere Entscheidung für den Volkskongreß in erheblichem Maße dazu beigetragen.

Nachdem der direkte Weg in den Frieden und in die Einheit über die Wahl einer Nationalversammlung und die Bildung einer deutschen Zentralregierung, wie wir es damals erstrebten, am Widerstand des westdeutschen Klerikalmilitarismus und der rechten SPD-Führung gescheitert war, haben wir einen neuen Weg abgesteckt: die Möglichkeit der Lösung der deutschen Frage im Rahmen einer friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen durch die Bildung einer Deutschen Konföderation.

Der entscheidende Wendepunkt in der deutschen Geschichte

Die Bedeutung eines Rückblicks dieser Art ergibt sich daraus, daß wir aus den Erfahrungen von 1947 Erwartungen für morgen ableiten können.

Die erste Aufgabe der deutschen Politik bestand nach dem zweiten Weltkrieg darin, die Lehren der deutschen Geschichte zu beherzigen.

„Wenn eine Nation wie die unsere zweimal innerhalb kurzer Zeit in so furchtbare Katastrophen gestürzt wurde, dann ist es ihre unabdingbare Pflicht und Schuldigkeit, die Vergangenheit sorgfältig zu prüfen, schonungslos nationale Selbstkritik zu halten, um so die Vergangenheit zu bewältigen und die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Nur so kann unsere ganze Nation mit der Vergangenheit brechen, die ihr Katastrophe auf Katastrophe beschieden hat, und sich einen neuen Weg, einen Weg zum Glück des ganzen Volkes, bahnen.“ (Nationales Dokument.)

Die fortschrittlichen Kräfte in der DDR haben dieser Pflicht genügt. Und zwar bestand unsere Selbstkritik nicht nur in Worten, sondern vor allem darin, daß wir in grundlegenden Umwälzungen Wandel geschaffen, die Ursachen der Katastrophen beseitigt, mit der Gründung der DDR, deren Verfassung und Konstituierung der Volkskongreß vorbereitete, den entscheidenden Wendepunkt der deutschen Geschichte eingeleitet und mit dem Aufbau des Sozialismus den Grundstein für ein neues Deutschland gelegt haben.

„Von nun an wird immer mehr die bestimmende Kraft unserer Geschichte die Deutsche Demokratische Republik, der deutsche Staat der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus. Er ist das junge, vorwärtsstrebende Element, der Motor der deutschen Geschichte. Hier, in der Deutschen Demokratischen Republik, wird das Gesicht der Zukunft ganz Deutschlands geformt. Die Interessen der Deutschen Demokratischen Republik stimmen völlig mit den Interessen auch der Mehrheit der friedliebenden und arbeitsamen Bürger der westdeutschen Bundesrepublik überein.“ (Nationales Dokument.)

Unsere Politik stimmt aber auch überein mit dem, was in den schweren Jahren des Hitlerkriegs alle Angehörigen der Antihitlerkoalition erstrebt haben. Und auf dieser Grundlage hätte nach 1945 ein dauerhafter Friede für unser Volk und für die ganze Welt begründet werden können.

An der Antihitlerkoalition scheitert jeglicher Verrat

Mit unserer Entscheidung für das große Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte eröffneten wir den nationalen Widerstand gegen die deutsche und die Weltreaktion. Und das in einem Zeitpunkt, als die Westmächte, angespornt durch den USA-Außenminister Byrnes, vor allem aber durch Winston Churchill, der bereits 1917 „den bolschewistischen Säugling“ in der Wiege erwürgen wollte und dann entsetzt zurückprallte, als dieser Säugling – nach einem Wort Lenins – die Kräfte eines Herkules entwickelte, einen neuen Kriegsblock unter dem Einbau Westdeutschlands zu organisieren suchten.

Freilich gab es in Nordamerika schon immer Leute, die in böser Verblendung, befallen vom Größenwahn, das Business-Amerikanertum kurzerhand mit dem Menschentum gleichgesetzt und die Vereinigten Staaten als den Treuhänder der Weltkultur unter göttlicher Leitung hingestellt haben. Gefährlich wurde diese Mentalität, als sehr bald nach Kriegsende der damalige USA-Präsident Harry Truman, verantwortlich für den ersten Abwurf einer Atombombe auf Menschen, die Parole ausgab, der Sieg habe das amerikanische Volk vor die „ständige und brennende Notwendigkeit“ gestellt, die Führung in der ganzen Welt zu übernehmen. Als hätte er vergessen,

daß der Sieg schließlich nur **gemeinsam** errungen worden ist, zudem unter größten Blutopfern der Völker der **Sowjetunion**.

Als sich dann herausstellte, daß keine Aussicht bestand, ganz Deutschland in die amerikanische Konzeption einzubeziehen, weil in Ostdeutschland bereits ein neues Deutschland des Friedens heranwuchs, das mit umfassenden sozialen Veränderungen bereits gesellschaftliche Garantien gegen einen neuen Krieg geschaffen hatte, da richtete die amerikanische Politik ihre ganze Aktivität darauf, nunmehr wenigstens das von ihr beherrschte Deutschland sich dienstbar zu machen, d. h. sie nahm Kurs auf die Spaltung Deutschlands und schuf als Vorform des westdeutschen Separatstaates die Bizone und im Marshallplan den wirtschaftlichen Boden für die NATO.

So besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Opposition Jakob Kaisers gegen den Volkskongreß und seinem Eintreten für den Marshallplan, ebenso aber auch für den Widerstand Jakob Kaisers gegen die fortschrittlichen Kräfte in der CDU. Gerade deshalb lehnte, um nur ein Beispiel zu nennen, der Landesvorstand unseres heutigen Parteivorsitzenden August Bach, Thüringen, bereits im September 1947 den Marshallplan mit der Begründung ab, daß er nur zur Spaltung Deutschlands führen könne. Die gleiche Haltung nahmen auf dem 2. Parteitag der CDU, verbunden mit dem entscheidenden Einsatz für die weitere Festigung der Zusammenarbeit im antifaschistisch-demokratischen Block, eine ganze Reihe von CDU-Politikern, wie Otto Nuschke und August Hillebrand, auch ich selbst, ein.

Daß damals in unserer Partei ein so erbitterter Kampf geführt werden mußte, hängt auch damit zusammen, daß nach dem Zusammenbruch 1945 Anhänger der alten Ordnung vor allem in der neugegründeten CDU Zuflucht gesucht hatten. Es gab damals Landesvorstände, in denen Angehörige der ehemaligen Deutschnationalen Volkspartei das Übergewicht hatten und den Ton angaben. Diese Kreise suchten natürlich in der CDU kein Betätigungsfeld für demokratische Bestrebungen, sondern sie wollten mit Hilfe der CDU ihre alte Vormacht wiederherstellen und hofften dies dadurch am besten bewerkstelligen zu können, daß sie die CDU in eine Agentur der Monopole und der Junker umzuwandeln versuchten.

„In der CDU“, so schrieb Walter Ulbricht in seinem Buch „Zur Geschichte der neuesten Zeit“ im Hinblick auf diese Situation, „hatten neben weitsichtigen Demokraten und Patrioten . . . die verstanden, daß allein die Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse die Entwicklung des demokratischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Deutschlands garantiert“, auch Personen Aufnahme gefunden, die hier die Politik der Großbourgeoisie, der Junker und des politischen Klerikalismus fortzusetzen gedachten.

Durch den Ersten Deutschen Volkskongreß, vor allem durch die aktive Mitarbeit, wie sie hier an einigen Beispielen skizziert worden ist, wurde erwiesen, daß es möglich war, in einem großen Bündnis alle Parteien und Massenorganisationen dank der weitgehenden Übereinstimmung in den Grundfragen unserer Politik zu einem großen Bündnis für den Frieden und die nationale Einheit zusammenzufassen. So ist die DDR, in der dieses Bündnis verwirklicht wurde, zum Vaterland des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus geworden, zum Garanten für eine glückliche Zukunft der ganzen Nation. So hat der Erste Deutsche Volkskongreß ein Beispiel gegeben, wie das nationale Interesse allem anderen vorangestellt werden muß, wie in deutscher Sache eine vorwärtsweisende deutsche Initiative entfacht, damit die Vergangenheit bewältigt und die Zukunft glückverheißend vorgeformt werden kann. Damit haben wir das nationale Bewußtsein unseres Volkes gestärkt und dort neu erweckt, wo es im Verlöschen war.

Nicht nur erkennen – verändern!

Die Schwierigkeiten, auf die der Volkskongreß beim Übergreifen auf Bayern gestoßen ist, vermitteln unserem Volk eine weitere eindringliche Lehre. Wie damals in Bayern, so ist auch später bei jeder neuen Auseinandersetzung in Westdeutschland der nationale Gedanke bewußt immer wieder niedergehalten worden, bis sich jene Bundesrepublik konstituierte, die dann unter würdeloser Preisgabe jeder echten nationalen Konzeption Westdeutschland zu einem Anhängsel der Vereinigten Staaten und damit zu einer europäischen Komponente eines „atlantischen“ Systems gemacht hat.

Lernen wir daraus, daß es nicht genügt, das, was sein muß, zu erkennen und zu billigen, sondern daß es stets darauf ankommt, politische Notwendigkeiten zu Wirklichkeiten zu machen und, wenn nötig, mit unbeugsamer Hingabe und Beharrlichkeit um eine große patriotische Aufgabe zu kämpfen. Wenn das beherzigt wird, wird schließlich im gesamten deutschen Vaterland der vorwärtsdrängende Wille des Volkes die Entwicklung bestimmen und den Einfluß derer überwinden, die das Rad der geschichtlichen Entwicklung zurückdrehen wollen. Das Motto für diesen Kampf enthält das nationale Dokument in den Worten:

„Nur die Deutschen selbst und vor allem die friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland vermögen durch ihren entschlossenen und erfolgreichen Kampf den Weg abzukürzen. Nur sie können die Barrieren niederlegen, die von den in Westdeutschland herrschenden Kräften gegen die Wiedervereinigung Deutschlands errichtet worden sind.“

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung
- 16 Prof. Dr. Johannes Leipoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO — die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR — zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- 48 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Atomare Aufrüstung und Lebenslage
- 50 Carl Ordnung: Die Kirche vor der sozialen Frage
- 53 Alwin Schaper: Der Gottesfrieden — Rückblick und Ausschau
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger

- 56 Gerald Götting: Afrika den Afrikanern! — Zur Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeler, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Weiz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 60 Gertrud Illing: Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus im Bonner Staat und die Rolle der Adenauer-CDU
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 69 Johannes Zukertort: Das moralische Schuldkonto des deutschen Generalstabes in der Zeit des Faschismus
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — Der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit
- 71 Siegfried Weiz: Kubas Weg in die Freiheit
- 72 Dipl. oec. Erwin Krubke: „Christliche“ Gewerkschaftspolitik im Dienst antinationaler und antisozialer Bestrebungen der deutschen Großbourgeoisie
- 73 Professor Dr. Josef Hromádka: Friede auf Erden — Hauptreferat auf der 1. Allchristlichen Friedensversammlung (13. bis 18. Juni 1961 in Prag)
- 74 Pfarrer Károly Tóth: Die Bedeutung der Ersten Allchristlichen Friedensversammlung vom Juni 1961 in Prag
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn — Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland. — Die Kirchen und das Nationale Dokument
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 91 Luitpold Stedle: Das große Bündnis

Verkaufspreis 0,50 DM

Doppelheft 1,— DM